

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditio...
monatlich 1.35 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn - 1.70 Rmt. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 3.00 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141
Postfach-Konto: Postfach-Ami Breslau Nr 5852.

Anzeigenpreis: 30 Pfennig für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien
70 Pf. Stadtschwarzdruck 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleins Anzeigen pro Wort 3 Pf. aus letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die größte Nummer müssen die Anzeigen 13 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditio...
Marktstraße 4/6 oder in der Zweigstellen abgegeben werden.

Gute Landtagswahlen in Mecklenburg.

Sozialdemokratischer Zuwachs, deutschnationaler und kommunistischer Rückgang. — Anwachsen der Wirtschaftspartei.

Schwerin, 23. Mai. (Eigener Funktbericht.)

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin, die am Sonntag ohne irgendwelche Ruhetätigkeiten stattfanden, haben gezeigt, daß der Sturz der sozialdemokratischen, demokratischen Regierung Schröder-Wisch, den die Rechtsparteien Arm in Arm mit den Kommunisten besorgt hatten, eine völlig zwecklose Belästigung der Wähler gewesen ist. Das Kräfteverhältnis hat sich nicht verändert. Aller Voraussicht nach bleibt die bisherige Links-Koalition bestehen. Die Deutschnationalen aber werden schwächer als bisher einer stärker gewordenen Sozialdemokratie gegenüberstehen. Der Großgrundbesitz hat vergeblich auf eine Regierung gehofft, die ihn vor jeder Anwendung der Vermögenssteuer bewahrt und die verhasste Bodenwertsteuer verschwinden läßt. Ein starkes Anwachsen der spießbürgerlichen Wirtschaftspartei vollzog sich auf Kosten der Bäckerei, die beinahe 10 000 Stimmen verloren haben und nur noch Trümmer ihrer einstigen, in Mecklenburg so übermächtigen Macht mußern.

Die Demokraten bürteten sich behaupten. Die bei ihnen postierenden „Nieter und Sparer“ liegen von 7287 auf 9848. Die Kommunisten, die schon 1926 nur einen kläglichen Bruchteil der Arbeiterstimmen betamen, verloren abermals 4900 Stimmen, fast ein Viertel ihres Bestandes. Die Deutsche Volkspartei kugniert mit rund 23 000 Stimmen. Einen wirklichen und bedeutsamen Fortschritt haben außer der Wirtschaftspartei nur die Sozialdemokraten gemacht. Allein in Rostock wuchsen sie um fast 3000 Stimmen, etwa 31%; aber auch auf dem flachen Lande sind sie ausgezeichnet vorangekommen. In zahlreichen Bezirken haben sie hier die Mehrheit.

Ueber die Verteilung der Mandate läßt sich infolge eines äußerst komplizierten Schließels noch nichts Genaueres sagen. Die Sozialdemokratie dürfte 2 Sitze gewinnen und dann 22 inne haben, während die Deutschnationalen von 12 auf 11 zurückgehen. Die gesamte Linke dürfte 25 Abgeordnete stellen, denen bei 2 Kommunisten eine wild zusammengelaufene Koalition von 23 Abgeordneten gegenüberstehen würde. Eine stabile Mehrheitsbildung wird so wie bisher schwierig sein.

Das sogenannte nationale Deutschland hat eine Enttäuschung erlebt. Mecklenburg hat den Zustand der Teilgenossenschaft und des Untertanen endgültig überwunden.

Schwerin, 23. Mai (Eigener Funktbericht.)

In den frühen Morgenstunden lag folgendes Wahlergebnis vor: Soz. 123 196, Nat. 69 804, Deutsch-Völk. 17 231, D. Sp. 23 754, Komm. 14 673, Wirtschaftsp. 32 496, Dem. 8715, Nieter und Sparer 9848, Natsoz. 5473.

Weitere Durchlöcherung des Mieterschutzes?

Die Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes treten am 30. Juni außer Kraft. Nach Mitteilung des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ sollen dem Reichsstaatsrat demnächst neue Vorlagen über die Verlängerung dieser Gesetze zur Beschlußfassung gehen und dann sofort dem Reichsrat zugeleitet werden. Es soll jedoch nicht eine einfache Verlängerung der bestehenden Gesetze, sondern ein abänderndes Gesetz beabsichtigt sein, in dem der Mieterschutz derart durchlöchert sein wird, daß u. a. zur Kündigung die Notwendigkeit einer Klage in Wegfall kommt. Allem Anschein nach sehen die Deutschnationalen alle Hebel in Bewegung, um den Hausbesitzern zuliebe die Mieterschutzgesetzgebung zu beseitigen.

Das führende polnische Sozialistenblatt gegen die Deutschverfolgung in D. S.

Warschau, 20. Mai. (Drahtb.) Der „Robotnik“, das Zentralorgan der polnischen Sozialistenpartei, kündigt an, daß er sich mit den Deutschverfolgungen in Schlesien demnächst eingehend beschäftigen werde. Schon jetzt erklärt das Blatt, daß seiner Meinung nach die Politik des Wojewoden von Schlesien, Gragnaffi, durchaus nicht geeignet sei, um eine Beruhigung herbeizuführen.

Außenminister Stresemann hielt in einer Versammlung seiner Partei in Freiburg in Sachen eine Rede, in der er die von der Bürgerblockregierung in der praktischen Handelspolitik so vernachlässigten Interessen der Export-Industrie für sehr bedeutsam angesehen hat. Er fügte aber sofort eine Verbeugung vor den agrarischen Interessen hinzu, zu deren Pflege man auch „vor großen Mitteln“ nicht zurückzureden dürfe. Stresemann machte dann noch einige Bemerkungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag, indem er, ohne Rosen zu nennen, von der Warschauer Regierung entgegenkommen in der Niederlassungszug und Rücknahme auf die Grenzlanddeutschen verlangte. Im weiteren Verlauf der Rede behauptete er, daß Stresemann bitter über gewisse Falschmeldungen der deutschnationalen Presse, die teilweise der Reichsregierung Pläne zur Privatisierung der Reichspost untergeschoben habe und die unbegründete england- und frankreich-feindliche Absichten veröffentlichte. Bezeichnenderweise wachte Stresemann aber die so kritisierten Blätter, die ja zu keiner Regierungsmehrheit gehören, nicht bei Namen zu nennen.

Parteitagseröffnung.

Eine Programmrede unseres Parteivorstehenden Herm. Müller Die Begrüßung der ausländischen Genossen.

Riel, 22. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonntag wurde in Riel unter starker Anteilnahme der Bevölkerung der Parteitag der SPD. feierlich eröffnet. Am Tag zuvor war eine Veranstaltung des Vereins Arbeiterpresse vorausgegangen, und am Vormittag des Eröffnungstages traten die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker und die sozialdemokratischen Juristen zu speziellen öffentlichen Tagungen zusammen.

Der Festakt der Eröffnung spielte sich nachmittags um 5 Uhr in der Kieler Messehalle ab. Dort sahen Delegierte und Gäste Kopf an Kopf, draußen sprachen zu gleicher Zeit Scheidemann und Severing zu einer kaum übersehbaren Masse. Der eigentliche Festakt wurde eingeleitet mit einem Schaitowitschspiel des Städtischen Orchesters. Es folgte ein Massenschor der Kieler Arbeiterlieder und dann entbot der

Reichstagsabgeordnete Gen. Eggerstedt

dem Parteitag den Gruß der Kieler Arbeiterklasse. Wir Kieler waren organisatorisch seit Jahren gerüstet, den Parteitag zu empfangen. Dafür bürgt das Wirken des Mannes, dessen Name unlöslich mit Riel verbunden ist: Karl Regien. Regien ist nicht mehr, aber es leben viele, die Jahrzehnte mit ihm gemeinsam gearbeitet haben, und mit ihnen lebt sein Geist, der getragen von dem Willen zur Macht in nichterner Realpolitik und ruhiger Selbstüberheit Schritt für Schritt gemeinsam für die Arbeiterklasse zu erobern trachtet. In diesem Sinne haben wir uns bemüht, die Politik zu gestalten, und unsere Bewegung beweist, daß Politik in diesem Sinne keine Existenzfrage der breiten Schichten zu bedeuten braucht. (Sehr wahr!) Auch der starken agrarischen Einflüsse haben wir in der Vergangenheit bei 1 1/2 Millionen Einwohnern 47 000 Parteimitglieder und trotz großer Erwerbslosigkeit in Riel bei 200 000 Einwohnern 11 000 Parteimitglieder. (Bravo!)

Es sind in den Wirnissen der letzten Zeit viele Parteien entstanden, aber keine Partei hat durch Jahrzehnte über Krieg und Revolution ihre Anhänger so bei der alten Fahne gehalten wie die unserer. Das Fundament unserer Partei steht fest im Volke. (Sehr wahr!) Von der Jugend, die unter freieren, besseren Verhältnissen groß wird, erwarten wir, daß sie unser Werk vollendet, den Staat für die Arbeiterklasse erobert. Aus dem gegenseitigen Vertrauen wird dann der Wille zur Macht erwachsen, den wir brauchen bei künftigen Kämpfen um den Staat. In diesem Sinne wünschen wir dem Parteitag Glück auf zur Arbeit. (Stürmischer Beifall.)

Der Parteivorstehende Hermann Müller

lebhaft begrüßt, dankte den Kieler Genossen für den herzlichsten Empfang, den sie dem Parteitag von der ersten Stunde an bereitet haben. Als Karl Regien in Riel tätig war, war Riel eine aufstrebende Stadt. Es kam dann die Zeit des Niederganges unseres Vaterlandes, nachdem die Verbrecher am Wiener Ballplatz und ihre Berliner Helfershelfer Deutschland in den Weltkrieg gerissen hatten. Für sie, die am alten hängen, ist Riel geradezu ein Schreckwort geworden, weil von ihm das Signal zur deutschen Revolution ausging. Die Kieler Revolution war der Schritt der Welt in eine dunkle Zukunft. Damals haben sich viele Deutsche im Inland und Ausland die ängstliche Frage vorgelegt, ob Deutschland dem Chaos verfallen würde.

Es ist uns in schwerer Zeit gelungen, Neuland für den deutschen Wiederaufbau zu schaffen. Es hat an manchen Tagen nicht viel gefehlt, daß es den siegreichen Entente-Militaristen noch gelungen wäre, Deutschland zu zerschneiden. Den deutschen Arbeitern und Angestellten ist es in erster Linie zu danken, wenn das Reich, das uns im Weltkrieg verblieben ist, für die Freizügigkeit der gesamten deutschen Arbeiterklasse erhalten worden ist. Noch nicht erreicht ist der Wunsch unserer österreichischen Brüder, die unter Führung der österreichischen Sozialdemokratie zu uns wollen, zunächst aber noch durch politische Machtverhältnisse daran verhindert sind. Noch wir haben den Sieg der österreichischen Sozialdemokratie vor kurzem gefeiert wie einen deutschen Sieg. (Sehr wahr!) Möge dieser Sieg der Vorläufer sein für den Sieg, den wir 1926 über den deutschen Besitzbürgerblock feiern werden. (Bravo!) Vor 1926 wird es zu einer Wahlschlacht nicht kommen. Denn schließlich hat den Besitzbürgerblock zusammengeführt die Angst vor einem Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie. Aber der Tag der Abrechnung wird kommen!

Im Osten wird neuer Konfliktstoff angehäuft, der Krieg soll dort als Wirtschaftskrieg fortgesetzt werden. Diese deutsche Außenpolitik im Osten, die dort gegen polnische Schweine und Kartoffeln geführt wird, schadet dem deutschen Arbeiter als Verbraucher und vor allem als Hersteller von Exportwaren. (Sehr wahr!) Die sozialpolitischen Verengungen aus der Zeit der sozialistischen Volksbeauftragten will der Bürgerblock abbauen, die Besteuerungen herabsetzen und die Minderbemittelten weiter belasten. Diese Regierung wird zusammen bleiben, bis die vier Jahre der normalen Gesetzgebungsperiode abgelaufen sind, vor allem, bis ihr Schuldschick gemacht ist. Das wird nicht so einfach sein, aber die Erben der Nationalliberalen werden sich schließlich doch zu einem faulen Kompromiß bereit finden lassen. Betreibende und Lehrenden sind ihnen höhere Ideale als der Glaube an Jesus-Christum, als alle evangelische Freiheiten. (Wohlfühlige Zustimmung.) In dem Kampf gegen die Konfessionskollisions der Schule werden wir alle freireligiösen Genossen um uns scharen. Wir werden aber diesen Kampf um die Weltlichkeit der Schule unter ständischer Schutzherrschaft nicht als

Kulturkampf Marke Bismard führen. Wir sind niemals Feinde der Religion gewesen, sondern haben uns nur immer gegen den Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken gewehrt. (Sehr richtig!) Nur so können wir auch die Masse der christlichen Arbeiter gewinnen, die ihrer Klassenlage nach zu uns gehören. Eine öde Kulturpauker zur Freude des Bürgerblocks werden wir nicht treiben, den Gefallen tun wir den Deutschnationalen nicht. Wenn diese die Parole ausgegeben haben: „Ran an den Staat!“, so lautet unsere Gegenparole: „Ran an das Volk!“

Der Volksstaat, in dem wir leben, ist leider für viele noch nicht lebendig geworden, weil die Massen noch nicht eingeschult haben, was sie aus eigener Macht aus diesem Volksstaat machen können. (Sehr richtig!) Keine politische Partei hat heute Bedeutung ohne die Massen. Das bringt das demokratische Wahlrecht mit sich. Auch die Reaktionsäre hielten durch ihre feile Presse um die Gunst der Masse. 80 Prozent der Stahelmer sollen angeblich Arbeiter und Angestellte sein. Tatsache ist, daß leider die uns noch fernstehenden Arbeiter und Angestellten meist nicht links, sondern rechts stehen, wobei wir nicht vergessen wollen, daß die abstoßenden Kampfmethoden des phrasenhafte Scheinradikalismus der Kommunisten es vielfach den Bürgergenossen erleichtert, die Arbeiter und Angestellten vor dem Heere der modernen Arbeiterbewegung fern zu halten. Aber auch die schlechte Behandlung, die vielfach die deutsche Republik von den siegreichen Entente-Militaristen in den letzten Jahren erfahren hat, trägt dazu bei, daß heute noch Massen bei den schwarz-weiß-roten Traditionskompagnen der Nationalisten sind, die ihrer elenden Wirtschaftslage nach zu uns gehören. Wenn wir den Besitzbürgerblock überwinden wollen, dann müssen wir jede Brücke beschreiten, die zu diesen Arbeitern und Angestellten führt. (Sehr wahr!)

Dieser Parteitag wird auch die Frage zu prüfen haben, ob es möglich war, die Bildung der bürgerlichen Modregierung zu verhindern. Ich will dieser tatsächlichen Debatte nicht vorgreifen, sondern für heute nur feststellen: diese Regierung ist nicht nur zustande gekommen, weil die Deutschnationalen sich um jeden Preis zur Mitarbeit in der Regierung anboten, sondern Kommunisten und Deutsche Volkspartei tragen gemeinsam die Schuld an dem Zustandekommen dieser Regierung. Die Kommunisten, weil sie die Regierung zu kürzen bereit sind, auch eine noch links hin erweiterte Regierung, die von Sozialdemokraten geführt wird, etwa im Sinne der Weimarer Koalition. Das alles, trotzdem heute nicht einmal die „Roten Frontkämpfer“ mehr an das Mahnen der Weltrevolution glauben. (Heiterkeit.) Vor allen Dingen ist für die Bildung dieser völkseindlichen Regierung die Deutsche Volkspartei verantwortlich, die allerdings fürchte, bei den nächsten Wahlen aufgegeben zu werden, wenn sie nicht mit einer mitbestimmten Deutschnationalen Volkspartei vor ihre Wähler trat. Aber das Manöver wird nichts nützen. Die Reste der Deutschen Volkspartei werden sich nach den nächsten Wahlen überlegen müssen, ob sie sich mit den Deutschnationalen oder den Demokraten fusionieren wollen. (Heiterkeit und Beifall.) Endlich ist der Bürgerblock gekommen, weil das Zentrum dem Drängen der übrigen bürgerlichen Parteien und des Reichspräsidenten Hindenburg nachgab. Um so leichter werden wir Sozialdemokraten es haben, an die christlichen Arbeiter heranzukommen, deren Forderungen sich die Partei in ihrer sozial-reformatorischen Arbeit restlos zu eigen gemacht hat. (Sehr wahr!)

Das Zentrum hat behauptet, Deutschland habe aus den Regierungskrisen herauskommen müssen, weil sonst der Faschismus Zugang in seinem Kampf gegen das parlamentarische System bekommen hätte. Es wird wichtig für die kommenden Wahlen sein, festzustellen, daß die Sozialdemokratie bereit war, die Mitverantwortung in der Regierung zu tragen. Wir haben vorher gewünscht, wie sehr diese Bürgerblockregierung die sozialen Interessen und kulturellen Forderungen des Proletariats verletzen würde. Im Volksstaat muß jede Partei, die auf dem Boden der Verfassung steht, grundsätzlich die Pflicht zur Mitarbeit anerkennen. Wir fordern in allen unseren Tagungen die Demokratisierung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden. Durch Resolutionsen können wir sie zwar vorbereiten, aber erreichen können wir sie nur durch unsere Mitarbeit. (Sehr wahr!) Deshalb hat die ganze deutsche Sozialdemokratie immer den größten Wert darauf gesetzt, daß die preukliche Sozialdemokratie an der Demokratisierung der Verwaltung des größten deutschen Landes mitarbeitete. Gerade um diese Zeit führen die Deutschnationalen den härtesten Kampf. Die Bildung der Bürgerblockregierung im Reich war nur das Beispiel — das Ziel der Deutschnationalen ist die Erhebung Preußens. Darum wird wohl niemand in der Partei in Preußen bereit sein, die bisher behauptete Position freiwillig zu räumen.

Im Reich sind wir von der Regierungsbildung ausgeschlossen worden und stehen deshalb selbstverständlich im härtesten Kampf gegen die Reichsregierung. Wir haben in diesem Jahre zum ersten Male mit genauer Begründung den Etat verweigert, nicht aus Feindschaft gegen den Staat, sondern gegen die Regierung und Parteien, die das Wesen des demokratischen Volksstaates durch ihre Politik verfallbar wollen. Haben denn die Deutschnationalen als Regierungspartei der Republik ihre monarchistischen Ziele aufgegeben? Sie haben sie nur zurückgestellt, und wenn zur Zeit die Republik auch nicht gefährdet ist, so kann uns doch niemand garantieren, daß ihr künftige Arken erpärt bleiben, wie sie die dritte französische Republik erlebt hat. Wer ist daher, daß wir nicht um unserer auserpöckelten Stelle willen in gefährlichen Situationen wieder gezwungen sein werden,

eingreifen, wie wir es in den letzten Jahren so oft gemutht haben? Wir sind Demokraten und Sozialisten. Vor 60 Jahren hat im Leipziger Hofparlamentsprozeß Wilhelm Liebknecht dem Staatsanwalt in seinem Schlusswort die Sätze entgegengehalten: „Ein zweifaches Ideal hat mit von Jugend an vornehmlich das Ideal eines Sozialisten...“

Hierauf erklärt Hermann Müller den Parteitag für eröffnet. Als Vorsitzende werden dann der Führer der Kieler Parteileitung Otto Geyerstedt und der Vorsitzende der Gesamtpartei Otto Wels gewählt.

Wels erinnert an die vielen, im vergangenen Jahre verstorbenen Genossen aus der eigenen Partei und der internationalen Arbeiterbewegung und teilt dem Parteitag mit, daß in der vergangenen Nacht der alte Genosse Körner-Ludwigschafen verstorben ist, der Weggenosse Franz Josef Ehrhards, des „Hjalgrasen“.

Dann wird die übliche Geschäftsordnung des Parteitages bestätigt und die Tagesordnung des Parteitages nach dem Vorschlag des Parteivorstandes genehmigt.

Vorsitzender Wels richtet hierauf bezügliche Worte der Begrüßung an die Vertreter der ausländischen Bruderparteien und erteilt ihnen das Wort zu ihren Ansprachen.

Brade-Frankreich,

mit kühnem Beifall empfangen, begrüßt in deutscher Sprache den Kieler Parteitag; die französische Sozialdemokratie ist auf der ganzen Linie im Vormarsch. Wir haben jäh und erfolgreich für die Kränkung des Ruhrkrieges gekämpft. (Beifall.) Nachdem Deutschland seinen Platz im Völkerverbund eingenommen hat, erscheint es uns unmöglich, daß Teile des deutschen Gebietes noch immer von fremden Truppen besetzt sind. (Stürmischer Beifall.)

Der Name Kiel weckt die Erinnerung an den letzten Wendepunkt der Weltgeschichte. Aber kein Fluß von Blut ist so tief und so breit, daß ihn das gemeinliche Klassenbewußtsein der Arbeiter nicht überbrücken könnte. (Allgemeiner Beifall.) Europa steht im Zeichen der politischen und sozialen Reaktion. Um so lauter wollen wir betonen: Wir wollen mit euch eins sein und eins bleiben. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie, es lebe die sozialistische Arbeiter-Internationale! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Müller-Schweden:

Wir haben jetzt in Schweden von 230 Abgeordneten 105. Wir wollen alles daran setzen, bei den nächsten Wahlen die Mehrheit zu erobern. Die traurigen Kriegsjahre haben der Welt gezeigt, daß nur eine Stärkung der Sozialdemokratie einer neuen Kriegsgefahr vorbeugen kann. Möge deshalb auch ihr Parteitag die Entwicklung der Sozialdemokratie zu größerer Macht fördern. (Lebhafter Beifall.)

Alara Kallin-Lettland:

Wir haben in den letzten Monaten trotz aller grundsätzlichen Bedenken uns zu einer Koalitionsregierung entschlossen, um die Gefahr eines faschistischen Rußlands abzuwehren, und das ist uns im vollen Maße geglückt. Wir blicken auf die deutsche Bruderpartei als Vorbild für die kleinen Nachbarparteien. (Beifolgendes Bravo.)

Modigliani-Italien

Spricht französisch; keine Ansprache wird von Breitscheid überleht. Ich komme nicht aus Italien, sondern aus dem Exil. Wer in Italien leben will, muß der Freiheit schwören. Die deutsche Sozialdemokratie hat alles getan, was man im Kampf gegen den Faschismus tun kann. Sie hat ihn kühnert und ihn der Welt gezeigt, wie er ist. Wir kommen nicht als Bettler zu euch, sondern als Brüder, eure Sache ist unsere Sache, unser Kampf gegen den Faschismus ist euer Kampf gegen den Faschismus, Gemeinsam bekämpfen wir den Faschismus als höchste Gefahr für den Weltfrieden. Die impotenten Demonstrationen der letzten Tage und diese Niederwerfungen beweisen mir, daß kein Mussolini stark genug ist, die Arbeiterbewegung zu überwinden. Auch Italien wird wieder zur Freiheit gelangen! (Stürmischer Beifall.)

Stanning-Kopenhagen:

Ich war einige Jahre verhindert, die deutschen Parteitage zu besuchen, weil ich das erste sozialistische Kabinett in unserem Lande leitete. Jetzt hat uns die Reaktion aus der Regierung geworfen, aber unsere Stellung als Partei wird gleichwohl von Jahr zu Jahr stärker. Wir wollen mit der deutschen Sozialdemokratie nachbarliche Freundschaft halten, ungeachtet durch die Streitigkeiten der Chauvinisten, und wollen gemeinsam an der Sicherung des europäischen Friedens arbeiten. (Lebhafter Beifall.)



Nach der Katastrophe von Rassel

Das Straßenbahnunglück bei Wilhelmshöhe, das einer Anzahl Menschen Leben und Gesundheit kostete, ist in seiner Grundursache noch nicht aufgeklärt. Unser Bild zeigt die Anstaltskassette mit dem Motormagen, den die Feuerwehrr durchdrungen mußte, um aus dem grauenhaften Wirrwarr die noch Lebenden herauszuholen zu können. Im Umkreis von 25 Meter liegen die Splinter der Glasscheiben, die in Zentimeter große Stücke zerbrochen sind.

Karl Renner-Wien:

Ich bin hier nicht zu Besuch, ich gehöre zum Haus. (Stürmischer Beifall.) Wir haben in einem wunderbaren Wahlkampf dem Bestäubtervolk eine schwere Niederlage bereitet. Wir müßten jetzt 43 Prozent aller Stimmen. Wir haben uns seit 1910 um 7 Prozent verbessert. Noch 7 Prozent und wir haben die Hälfte. (Heiterkeit.) Aber die letzten 7 Prozent sind immer am schwersten. (Erneute Heiterkeit.) Die österreichische Sozialdemokratie hat dank ihrer Stärke jetzt einen sehr guten Namen. Das Rezept unseres Erfolges besteht daraus, daß das österreichische Proletariat einig ist. (Lebhafte Bravo.) Bei uns haben die Kommunisten in ganz Oesterreich nicht mehr ein einziges Mandat. Ohne die Heranziehung der Grenzschichten wird es unmöglich sein, auf parlamentarischem Wege die Mehrheit für die Arbeiterklasse zu erringen und unser Ziel muß doch die Eroberung des Staates bleiben. Darum auf zur Eroberung des Staates und auf zur Eroberung der nationalen Einheit aller Deutschen im Rahmen der Internationale. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Wels dankte hierauf den Rednern und teilte mit, daß mit Rücksicht auf die für den Abend angelegte Demonstration die zahlreichen weiteren Begrüßungsansprachen auf Montag vormittag vertagt werden.

Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale schloß die Eröffnungssitzung des Parteitages.

Anschließend an die Eröffnungssitzung des Parteitages fand auf dem Rathausplatz eine gewaltige Kundgebung der Sozialdemokratie statt, zu der sich viele Tausende eingefunden hatten.

Das Reichskabinett gegen Göring.

Nach einem Beschluß des Reichskabinetts hat der Reichskanzler Dr. Brüning einen Brief an den preussischen Ministerpräsidenten Gen. Otto Braun gerichtet, der eine Beschwerde über die von uns gemeldete Reichsbanner-Rede des Gen. Göring in Königsberg vom vorigen Sonntag darstellt. Der Wortlaut des Kanzlerbriefes ist bisher nicht bekannt. Die deutschnationalen Presse behauptet, daß die Reichsregierung darin vom Preußensministerium disziplinarisches Einschreiten gegen den Oberpräsidenten Göring wegen Beleidigung deutschnationaler Reichsminister und insbesondere Hergts verlangt.

Die von der deutschnationalen Presse zitierten angeblichen Redewendungen Görings sind in der republikanischen Presse etwas anders wiedergegeben worden. Inbezug auf die Hergt-Rede von Beuten ist Göring, der deutsche Interessen in Oberschlesien doch wahrlich energisch genug in schwerster Zeit zu wahren verstand, ziemlich deutlich geworden. Aber diese Hergt-Rede hat ja selbst dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann Anlaß gegeben, Herrn Hergt öffentlich zu rüffeln. Stresemann hat dabei ausdrücklich betont, daß Hergts Rede nicht der Meinung der Reichsregierung entsprach. Er hat sie also deutlich als bloße Parteiführer-Rede gekennzeichnet. Eine deutschnationalen Parteiführer-Rede anzugreifen, muß aber jedem politischen Beamten, auch wenn er in hoher Staatsstellung ist, erlaubt sein. Hat Hergt nicht als Reichsminister gesprochen, so Göring nicht als Oberpräsident.

Anschließend wollten die Deutschnationalen aber gerade wegen der Stresemann-Rede eine Vergeltung für Hergt und das Reichskabinett glauben, in Preußen an Göring einen Präzedenzfall zu finden. Nun dieser „Kraus“ hat zwar ein dicker Fell, aber das Preußensministerium wird solche Scherze hoffentlich nicht durchgehen lassen!

Wilhelm befehlt Tragen seines königlichen Adlers.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat folgende Anfrage eingebracht:

Der sogenannte Hofkammerpräsident des ehemaligen preussischen Königs hat an die ihm unterstellten Oberförstereien folgendes Rundschreiben erlassen:

„Charlottenburg, den 31. März 1927. Mit Genehmigung des Herrn Generalbevollmächtigten bestimmen wir, daß die in unseren Diensten befindlichen Forstbeamten, und zwar sowohl diejenigen, die aus der alten Hofkammerverwaltung übernommen sind, wie auch die zur Neucinstellung gekommenen und künftig kommenden Beamten als Dienstabzeichen an dem vorgeschriebenen Uniformhut nach wie vor den alten königlichen Adler zu tragen haben. An der Ausstattung der sonstigen Uniformstücke einschließlich der Wappen auf den Rockknöpfen tritt ebenfalls keine Veränderung ein. Sollten sich später im Hinblick darauf, daß die Dienstabzeichen der Staatsforstbeamten verändert sind, Schwierigkeiten in der Beschaffung der Adler und Wappenknöpfe ergeben, so ist uns darüber zur geeigneten Zeit Bericht zu erstatten, woraufhin wir der Herstellung der entsprechenden Stangen näherzutreten werden. geg. v. Keil.“ An sämtliche Oberförstereien.

Da der ehemalige König von Preußen jetzt Privatwaldbesitzer ist, so wird durch diese Anordnung eine mißbräuchliche Aneignung früherer preussischer Hoheitsabzeichen erfolgen. Diese Aufforderung verstoßt gleichzeitig gegen das Gesetz über den Waffengebrauch der Forst- und Jagdbeamten vom 31. März 1887, gegen das Gesetz, betreffend den Forstbesitz, vom 15. April 1878 und gegen das Gesetz und Forstpolizeigesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926. Wir fragen daher das Staatsministerium: Was denkt es gegen diese sehr harte Annahme zu tun?

Kleine Auslandsnachrichten.

Zur Erinnerung an die Opfer eines heroischen sozialistischen Experiments. Am Sonntag hat die übliche Gedenkfeier zur Erinnerung an die während der Pariser Kommune 1871 Erschossenen auf dem Friedhof Père Lachaise stattgefunden. An der Spitze des Zuges, der an der Friedhofsmauer vorbeizog, an der die Mitglieder der Kommune erschossen wurden, marschierten die letzten Überlebenden, ferner der Vorstand der Pariser Sozialistischen Partei, Vertreter der französischen Gesamtpartei der Sozialistischen Parlamentsfraktion, der Redaktion des „Populaire“, eine Abordnung des Gewerkschaftsbundes und die sozialistischen Jugendverbände. An der Mauer wurden zahlreiche Kränze niedergelegt, aber, wie üblich, keinerlei Reden gehalten. Die Feier verlief ohne Zwischenfall.

Aufhebung der Militärkontrolle über Bulgarien? Wie ein Teil der bulgarischen Presse zu melden weiß, ist in den nächsten Tagen mit der Aufhebung der Militärkontrolle in Bulgarien zu rechnen. Der führende Offizier der Kontrollkommission befindet sich seit zwei Wochen in Paris, um dem Botschafterrat über das Ergebnis der letzten Abklärungsuntersuchung Bericht zu erstatten. Pariser Meldungen zufolge sehen sich besonders England und Italien für die Aufhebung ein. Seitens Rumäniens und Südslawiens sollen angeblich keine Schwierigkeiten zu erwarten sein. Sehr verstimmt haben die Forderungen einiger der Athener Regierung nahestehenden griechischen Zeitungen, die gewisse Vorbehalte bei Aufhebung der Kontrolle verlangen. Als Begründung wird die seit Monaten beobachtete lebhafteste Tätigkeit der bulgarischen Komitatschi angeführt, die als eine Gefahr für den Balkanfrieden bezeichnet werden.

Die Ausgestoßenen.

Von Fritz Hartmann.

Der Morgen graute schon, als ich überglücklich meiner Wohnung zueilte und diesmal anstatt meines Kindes unter dem Namen „Pauline“ vor mich hintraufelte. Dieser Name war eigentlich das einzige, was ich trotz aller Jammereien, die sich vom ersten Augenblicke unseres Wiederfindens zwischen uns einstellte, über sie, von ihr und ihrer Person erfuhr. Aber bei meiner Liebe war alles andere unbedeutende Nebensache, und ich sah sie Pauline gegenüber ein so unbegrenztes Vertrauen, daß mir alles Geheimnisvolle, alle Widersprüche und der Umstand, daß sie mir gleich beim zweiten Zusammentreffen ein Nendebonus unter vier Augen gekostete, ohne mir mit einem Worte von Vater und Mutter gesprochen zu haben, nicht die geringste Bedenkenhaftigkeit erweckte.

Sie kamen den sogenannten Fortsetzung, der ich an dem der Stadt längs der Hügel, dann am Grunde des Waldes dahingehungelt, und endlich in jene Bucht und Erlen umhüllte, von weitem die Hügelgruppen umschloß. Die Luft war wunderbar, waldfrische ich nun oft, und wahrlich, meine Gedanken auf diesen Wege rechtfertigten seinen Namen, und in jener Nacht landete ich wie in einem glückseligen Gasse. Dort in stillen Abendstunden wir und ohne Wort miteinander in der Stille Pauline die höchsten, reinsten und glückseligsten Stunden meines Lebens, so tief glücklich und so rein, daß sie selbst durch die Ungewissheit, in der ich über ihre Verhältnisse, ihre Familie, ihren Familienname, ihre Vergangenheit und über alle Kräfte ihres freizig bewährten Intelligenz nicht getrübt werden konnten. Pauline hat mich nicht zu lassen, und ich natürlich es gerne und frate mich, ihr diesen Beweis meines Vertrauens zu geben, weil Vertrauen der letzte Beweis der Liebe ist. Sie versicherte mir, daß die Kräfte ihrer Schwermut nicht trauriger Art seien, und das konnte mich nur beruhigen und meine Liebe zu ihr vertiefen. Wie sollte ich auch zuzugewogen sein, da man Pauline's Beschäftigung die Leitung des Geschäftes für einen Teil der Leitung anderer Leitung war. So kam mir die der Ritter von Papageno war, der eine tolle Zeit im Jahre hielt, so lange er nicht vergesslich war, und ich beschloß, länger und länger zu sein als er, um mich durch Vergessen, nicht um mein Kind bringen zu lassen. Ich Pauline in einer unerschütterlichen

Ergleichensfall (einer engeren Stadt Deutschlands) aufgewachsen, hätte ich mir selbst jagen können, selbst wenn sie es mir nicht erzählt hätte; denn ihr Geist war zu einem ungewöhnlich hohen Grade gebildet, ihr Urteil fein und unabhängig, ihr Gedächtnis eine Schatzkammer von Wissen. Und so verfloßen unsere Stunden nicht in bloßen Liebesschwärmereien und Liebesverfälschungen, deren wir beide, wie wir einmal geartet waren, fast hätte man mich werden müssen, sondern mehr in ernstem, ich darf wohl sagen inhaltreichen Gesprächen, und das Verhältnis von Lehrer und Schülerin, das sich halb zwischen uns einstellte, machte unsere Verbindung nur noch inniger. Dieses Verhältnis machte mir die Räden ihrer Bildung und ihres Wissens ebenso lieb wie ihr Wissen, denn ich konnte ja etwas für sie tun, leistete ihr etwas, und ich hatte das Gefühl, das dem Namen dem Weibe gegenüber so notwendig ist, ich hatte es wenigstens durch Minuten, daß ich auf gewissem Felde über ihr stand, während ich mich lang in vielen Beziehungen als tief unter ihr fühlend anerkennen mußte. Meine ganze Vergangenheit schien mir leer, unbedeutend, mein Charakter leicht und eitel neben ihr, die mit den Eindrücken machte, als hätte ihre Schritte ein Schicksal und ihre Seele den Ort und die Tiefe, ohne die kein Schicksal zur Fülle bewegen wird. Alles an ihr war mir teuer und machte mir einen unergreifbaren Eindruck, in einem großen und geheimnisvollen Eindruck, bis auf Meloc, den gewaltigen weißen Hund, der sie zu meinen Zusammenkünften begleitete, zu unseren Tischen lag und uns mit verständnisvollen Augen anblickte. Es war Pauline's einziger Begleiter, aber er kam ihr nach, wenn er zur Zeit, da sie das Haus verließ, mit ihrem Vater über Feld gesehen. Da ich einmal bei solcher Gelegenheit die Beforgnis empfand, daß ihre Wanderungen und unser Zusammenkunftsort durch den strengen Winter verunmöglicht werden könnten, erfuhr ich zu meinem Staunen, daß Pauline's Vater um unsere Zusammenkünfte, wie wir die ganze Gesellschaft unserer Bekanntschaft machte. Das Besondere ist nicht lange; ich habe, wie das Tragen und Trachten, auch das Bemerkens in diesem ganzen Erlebnis vergessen, ausgegeben, und wie ich Pauline jetzt kenne, das reine, harte, auf sich selbst beruhende Mädchen, fand ich das Vertrauen ihres Vaters mir natürlich, und ich gewarnt, daß mir unbekanntem Mann gewissermaßen über die Luft, daß er kein Kind so beurteilte, und daß er meiner Geliebten solches Vertrauen schenkte, wie der Geliebte selber.

sie nicht. Pauline sagte es mir auch zu wiederholten Malen, daß unsere Liebe, unser Glück nur wie ein Gedicht sein könne, das seinen Zweck in sich habe, das in seiner eigenen Schönheit genügen müsse, und daß wir an nichts denken dürften, was man gewöhnlich als „Zweck“ bezeichnet. Mit welcher Trauer sie das auch aussprach, so versicherte sie doch mit dankbarem Gesichte, daß ihr mehr Glück geworden, als sie in ihrer Lage jemals zu hoffen gewagt hätte. Was mich betraf, so war ich im wartenden Augenblicke so tief befriedigt, fühlte ich mich so reich, daß es mir beinahe an der Kraft gebrach, daß mir nicht mehr die Fähigkeit übrig blieb, an die Zukunft zu denken. Geschah es doch bisweilen auf der Rückkehr vom Boetenwege, so tröstete ich mich damit, daß Pauline ein Mädchen von achtzehn Jahren sei und als solches das Tragische ihrer Lage vielleicht tragischer ansehe, als sie es verdiene. Und dann — war ich nicht ein Mann? War ich nicht dazu da, für sie den Kampf mit dem Schicksal aufzunehmen? Wenn sie mir auch ihre Geschichte nicht erzählte, wenn sie sich auch so sehr vor mir verhällte, daß ich sie des Abends von unserem Plätzchen aus ihrem Heimwege nicht zwei Schritte weiter in den Wald begleiten durfte, so hatte sie mir doch schon so viel verraten, daß zwischen uns beiden das „Sourteil“ steht, daß uns das Vorurteil auf ewig trenne. Dachte ich an diese Neugierungs war ich vollends getrübt. Ich fühlte mich ebenso über alles Vorurteil, wie über allen Aberglauben erhaben. Was konnte es sein? War sie eine „Udin“? Sie wollte mit ihr in ein Land ziehen, wo der Ehe zwijigen Christen und Juden kein Hindernis im Wege steht. Oder ein natürliches Kind? Das machte mich lachen. Oder die Tochter eines Verbrechers? Doppelt teuer sollte mir die unschuldig Leidende sein; ich will gut machen, was die Ungerechtigkeit der Menschen an ihr verbrochen, und sie mit meinem Leben gegen jede Anspielung verteidigen.

Inbesseren, wie gesagt, dachte ich jetzt wenig an Vergleichen. Zur gegebenen Zeit soll mich Pauline kennen lernen und erfahren, was ich für sie auf mich zu nehmen bereit sei. Um aber bald dahin zu gelangen, nahm ich meine unterbrochenen Studien aufs neue und mit frischem Eifer auf. Mein ganzes Leben, meine ganze Welt war jetzt auf meine Bücher, die mich dem Ziele näherbringen sollten, und auf jene Abendstunden, zusammengekommen. Der Tag wurde mit Vorbereitungen zum Staatsexamen verbracht, der Abend auf jener Bank, selbst wenn Pauline dahingekommen verhindert war. So ging es in halberter und glücklicher Monotonie fort durch viele Wochen.

(Fortsetzung folgt.)

Freitag des Zentrums.

Am Sonnabend und Sonntag hat im Preussischen Landtag der dritte Parteitag der preussischen Zentrumspartei stattgefunden. Nach der Eröffnung des Parteitages sprach der Führer der Zentrumspartei des preussischen Landtags, Dr. Heß, über die Politik des Zentrums in Preußen.

Dr. Heß gab in seinem Referat der Rechten mit aller Schärfe zu verstehen, daß sie auf eine Wenderung der preussischen Koalitionsverhältnisse bis zu den nächsten Landtagswahlen nicht rechnen könne. Die Politik der Zentrumspartei sei darauf angelegt gewesen, die schwerste Lage des Zentrums im Reich durch eine konstante Einlenkung in Preußen nach Kräften zu erleichtern. So greife die Politik der beiden großen Fraktionen aufs engste ineinander. Preußen sei seit 1918 ein Sicherheitsfaktor für das Reich gewesen. Die Theorie der Homogenität zwischen Reich und Preußen auf der Basis der Koalition lehne die preussische Zentrumspartei als inakzeptabel ab. Der chronische Krisenmacher in Deutschland und Preußen sei die Volkspartei. Das Zentrum sei unter keinen Umständen geneigt, sich von ihr die politische Marschroute vorschreiben zu lassen. Die Weimarer Koalition sei gegenüber allen anderen Sieger geblieben, und heute sei sie in Preußen nicht mehr zu kürzen.

In der Diskussion sprach zunächst der Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Mit scharfer Spitze gegen Dr. Wirth, den er allerdings zu neuem Vermeid, verteidigte er die Politik des Zentrums im Reich. Der Name Marx genüge, um darzutun, daß es Unfug sei, von einem reaktionären Zentrum im Reich zu reden. (?) Auch auf sozialpolitischem Gebiet sei in den letzten Monaten kein Rückschritt zu verzeichnen. (Und Mieten-erhöhung, Jollerhöhen, Zehntundentagegesetz, Abbau der Reichsfinanzen? usw. Red.) Auf dem Gebiet der Sozialpolitik werde ein Ausgleich zwischen den Interessen der Produzenten und der Konsumenten gefunden werden. Die Differenzen zwischen dem Reich und Preußen müssen bei den Ministerbesprechungen völlig ausgeräumt werden. Man müsse vor einem republikanischen Integrationsismus (Unentwegtheit) warnen.

Nach ihm verteidigte Reichstagsabgeordneter Toos einen von Köhler angegriffenen Artikel von Josef Wirth. Eine ständige Fühlungsnahme zwischen Reichszentrum und Preußenzentrum sei erforderlich. Das Problem der Mitarbeit der Sozialdemokraten dürfe nicht unterschätzt werden.

Der Delegierte Josef Schmidt aus Fulda betonte, daß es notwendig sei, den in der Industrie Arbeiter zur Mitarbeit im Staat heranzuziehen. Er stellte noch die Frage, ob es notwendig sei, daß für militärische und Marinezwecke derart große Summen bewilligt werden müssen und daß dadurch die sozialen Aufgaben, wie die Fragen einer großzügigen Siedlungsbewegung, vernachlässigt werden.

Als zweiter Referent sprach dann Abg. Dr. Linnebrön über die Kulturpolitik des preussischen Zentrums. Wenn die Reichsverfassung auch kein eindeutiges System des Verhältnisses von Kirche und Staat enthalte, so bestehe doch auch für die Kirche außerordentlich wertvolle Bestimmungen, vor allem sei ihr das Recht garantiert, ihre Angelegenheiten frei zu regeln und ihre Vertreter ohne Mitwirkung des Staates und der politischen Gemeinden zu bezeichnen. Durch diese Bestimmung sei nun zugleich die Notwendigkeit gegeben, daß der preussische Staat mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche in Verhandlungen eintritt, um die Befreiung der wichtigsten kirchlichen Stellen in Preußen zu regeln, nämlich der Bischofsstühle und der Domherrenstellen. Die preussische Regierung halte daran fest, daß die darüber 1821 mit dem apostolischen Stuhle getroffenen Abmachungen noch zu Recht bestehen. Es müsse also durch ein neues Konkordat ein Ausgleich zwischen Reichsverfassung und preussischem Sonderrechte herbeigeführt werden. Daran habe der Staat mehr Interesse als die Kirche, die sonst das gewöhnliche Kirchenrecht einfach zur Anwendung bringe. Ein anderer Umstand fordere nicht weniger die Neuordnung durch ein Konkordat. Es handele sich um die Leistungen des preussischen Staates an die katholische Kirche. In diesen Leistungen sei der preussische Staat verpflichtet durch die Säkularisation.

In der Schulpolitik verlange das Zentrum die konfessionelle Schule, weil sie dem konfessionellen Bildungsideal mit ihrer Einheitslichkeit der Weltanschauung zwischen Lehrern und Schülern und der geschlossenen Kraft der Erziehungsarbeit entspricht. Es habe daher die von Preußen jetzt errichtete Simultan-Lehrerakademie in Frankfurt a. M. bekämpft. (Erzweulicherweise vergeblich, Red.)

Der Parteitag schloß am Sonntag mit der Annahme folgender Entschließung: „Der dritte preussische Parteitag nimmt Kenntnis von den Arbeiten der Zentrumspartei des Preussischen Landtages. Er billigt die Haltung der Fraktion in jeder Beziehung und dankt ihr insbesondere für ihre Politik in den Fragen der Regierungsbildung, des Konkordats, des Föderalismus-Gesetzes und der Schul- und Sozialpolitik. Der dritte preussische Parteitag spricht der Zentrumspartei des Preussischen Landtages vollstes Vertrauen aus.“ Vorstand und Landesauschuss wurden wiedergewählt.

Vor dem Abschluß der Weltwirtschaftskonferenz.

Einigung mit den Russen. — Freihandels-Empfehlungen. — Ablehnung aller Anträge zur internationalen Planwirtschaft durch Engländer, Amerikaner, Deutsche.

Genf, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Soeben hat der Ausgleichsausschuss der Wirtschaftskonferenz eine Verständigung mit den Anerkennungsbedingungen der Sowjetdelegation erzielt. Auf Grund der langen Beratungen vom Freitagabend und Sonnabendmorgen, wobei verschiedene Textfassungen, u. a. von Walfour (England) und Boyden (Amerika) zur Diskussion gestellt wurden, hat man sich auf folgende Formel geeinigt:

„Die Konferenz anerkennt die Wichtigkeit des Welthandels, enthält sich der Einmischung in politische Fragen und sieht in der Zusammenarbeit aller Vertreter an der Konferenz, wie immer die Wirtschaftssysteme ihrer Länder seien, eine glückliche Antikündigung einer friedlichen kommerziellen Zusammenarbeit aller Völker an.“

Zum Schluß wird festgestellt, welche Resolutionen oder Teile davon die Sowjetdelegation annimmt und daß die übrigen Resolutionen Sowjetrußland nicht betreffen. Die sozialdemokratischen Arbeitervertreter in der Kommission: Duedeggeß, Jouhaug und Pagh, haben von Anfang an die russischen Forderungen kräftig unterstützt. Die ursprüngliche Ablehnung derjenigen Stellen des russischen Antrags, welche politische Auslegungen zuließen, namentlich durch Vertreter Englands und Frankreichs, konnten jedoch bald Verständigungsbestrebungen von verschiedenen Seiten Platz machen, so daß die Einigung ohne große Schwierigkeiten gelang.

Genf, 21. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Weltwirtschaftskonferenz hat am Sonnabend nachmittags den Hauptteil ihrer Arbeiten abgeschlossen, indem sie die Berichte und Entschließungen der drei Kommissionen annahm. Entsprechend dem Antrag des Ausgleichsausschusses gab es dabei keine eigentliche Beratung mehr. Die drei Berichte wurden von kurzen Reden der drei Kommissionspräsidenten eingeleitet, worauf ein gutes Duzend Delegierter ihre allgemeine Betriedigung aussprach oder noch einzelne Wünsche ihrer Länder und Wirtschaftsgruppen zum Ausdruck brachte oder Erklärungen zu einzelnen Entschließungen abgab.

Aus diesen sei hervorgehoben eine solche von Genossen Jouhaug der wegen ungenügender Berücksichtigung der Wünsche der sozialistischen Arbeitergruppe zur Kartellkontrolle sich zu der betreffenden Entschließung der Stimmgabe zu enthalten erklärte, ferner eine solche des chinesischen Delegierten zur Entschließung über die Gleichbehandlung der Ausländer, wobei er auf die umgekehrten Verhältnisse in seinem Lande hinwies mit dem Ausdruck der Erwartung, daß hierin bald ein Wandel eintreten wird. Ein paar südamerikanische Delegierte ließen ein gewisses Bedauern durchklingen, daß man hier fast nur immer von den nordamerikanischen und europäischen Verhältnissen gesprochen habe. Der Nordamerikaner Robinson wiederholte seine, in der Industriekommission abgegebene Erklärung, warum er sich bei der Entschließung über die Kartelle der Stimme enthalte. Sodann bezeichneten die drei Sowjet-Delegierten Kintjow, Solonitoff und Barga mit einfachem Hinweis auf die Reden in der Kommission genau die einzelnen Punkte der Resolutionen, welchen die Sowjetdelegierten zustimmen und welche sie ablehnen. Den Schluß der langen Redezeit bildete eine solche des Berichterstatters der Industriekommission, der seine Befriedigung über das erzielte Ergebnis äußerte und den Verger darüber, daß der französische Standpunkt in der Kartellfrage nicht durchdrang, hinter klugen Worten verbarg, daß eine gewisse internationale Kontrolle wohl möglich sei und in einer späteren Zeit nachfolgen wird. Darauf folgte die Abstimmung einzeln über die drei Berichte mit ihren Entschließungen und Empfehlungen, wobei als Gegenstimmen alle dreimal nur die vier Stimmen der Sowjetdelegierten gezählt wurden, während es zum Bericht der Industriekommission noch vereinzelt Stimmenthaltungen gab.

Obwohl die Konferenz am Montag und Dienstag sich noch mit einigen allgemeinen Entschließungsanträgen zu beschäftigen haben wird, wird eine Reihe Delegierter schon am Sonntag abreisen, weshalb es nicht auffallend ist, daß man bereits heute die Schlusssgedanken über das Konferenzergebnis gegenseitig auszutauschen begann.

Dabei darf man objektiv feststellen, daß die Konferenz wohl in den wichtigen Fragen der internationalen Handelspolitik und der Fülle ganz unabweisbar eine Klärung der Meinungen mit dem Ziel zum Freihandel herbeigeführt hat. Allerdings bleibt noch abzuwarten, welche Auswirkungen

die Beschlüsse der Konferenz in den einzelnen Ländern haben werden.

Von der kleinen sozialistischen Arbeitergruppe kann man schließen, daß sie in allen Kommissionen sehr energig Stellung vertritt und mit ihrer Arbeit in allen wesentlichen Fragen Beachtung gefunden hat. Freilich konnte von einem solchen Wirtschaftsparlament, in welchem die kapitalistischen Privatunternehmer und die Vertreter der Staatsgewalt die übergroße Mehrheit darstellen, nicht erwartet werden, daß die weitesten Ziele der Arbeitervertreter in der Richtung internationaler Arbeit und Wirtschaftsteilung anerkannt werden. Es hat sich gezeigt, daß auch auf der Wirtschaftskonferenz in hartem, sachlichem Meinungskampf um den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gerungen werden muß. Daraus ergibt sich, daß die Entschlüsse über die großen weltwirtschaftlichen Fragen weitestgehend in den einzelnen Ländern erklämpft werden müssen. Das Verhältnis der Arbeiterdelegierten zur Sowjet-Delegation war von dem offenkundig heiderseitigen Wunsche geleitet, vor dem Angesicht des Unternehmertums und der ganzen Welt die politischen Meinungsverschiedenheiten hintanzustellen und persönliche freundschaftliche Beziehungen zu pflegen.

In einem interessanten Kommentar zu den bisherigen Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz schildert der Berichterstatter der „Rossischen Zeitung“, Dr. Lewinsohn, die Erfolge der englischen Delegation gegenüber den Versuchen der Franzosen, internationale Gegengewichte gegen die angelsächsische kapitalistische Vormacht zu gewinnen. Er schreibt u. a.:

„Die uneingeschränkte Befürwortung der Kontrolle der internationalen Kartelle, d. h. das Hauptziel der Louchour-Gruppe, wurde abgelehnt. Die Untersuchung der Nationalisierung und anderer Industriefragen kam unter vorsichtiger Ausschaltung englischer Verhältnisse über belanglose Allgemeinheiten nicht hinaus. Die Schaffung eines mit Kontrollbefugnissen ausgestatteten Wirtschaftsamtens in Genf erhielt entsprechend dem Wunsche Walfours die denkbar harmloseste Form. England hat den Sieg durch die Hilfe der Vereinigten Staaten und der deutschen Delegation errungen. Die protektionistische Politik Frankreichs, die im neuen Zolltarif ihren Gipfel erreichte, wurde zum Sinnbild des Nachkriegs-Protektionismus überhaupt, über den Freihändler und Protektionisten den Stab brachen. Wenn die deutsche Delegation und insbesondere der Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie an der Seite Englands einen Sieg errangen, so ist es leider weniger gewiß, ob er für die deutsche Politik und das deutsche Volk fruchtbringend war.“

Diesem scharf zugespitzten Urteil wird man auch dann zustimmen können, wenn man für die französische Schutzoll-Politik des Kabinetts Poincaré nichts übrig hat. In den Bestrebungen zur Schaffung internationaler Kartellkontrolle ging ja bezeichnenderweise die von der überlegenen englisch-amerikanischen Konkurrenz bedrohte französische Industrie mit Vorschlägen zusammen, die in subtiler Form die Sozialisten aller Länder auf der Konferenz einbrachten. Die deutsche Industrie muß sich bereits wieder sehr stark fühlen, wenn sie alle derartigen Anträge zu internationaler Planwirtschaft niederstimmen hilft. Oder aber sie folgt blind reaktionären antisozialistischen Instinkten, von deren Auswirkung letzten Endes international nur der Kapitalismus der wirtschaftlich fortgeschrittensten und politisch mächtigsten Länder Nutzen haben wird, zu denen Deutschland nicht mehr gehört. Es ist bezeichnend, daß hinter diesen Problemen die Gegensätze zwischen der weltwirtschaftlich heute hinter ihrer Vorkriegsbedeutung zurückbleibenden russischen Wirtschaftspolitik und den anderen in Genf vertretenen Richtungen ganz zurücktraten, so daß ein Kompromiß mit den Russen in der für diese wichtigsten Frage (Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen trotz Aufrechterhaltung des staatlichen Außenhandels-Monopols) möglich wurde.

Aus aller Welt.

Der Ozeanflug glücklich.

Der amerikanische Fliegerhauptmann Lindbergh, der nach mitteleuropäischer Zeit am Freitag mittag um 12,35 Uhr zum Flug Newyork-Paris ohne Unterbrechung aufgestiegen war, ist am Sonnabend abend um 10,20 Uhr auf dem Pariser Flugplatz Le Bourget glücklich gelandet. Er hat also die gewaltige Entfernung über den Ozean in rund 33 Stunden und 45 Minuten bewältigt. Auf dem Flugplatz hatte sich eine ungeheure Menschenmenge, die auf 100 000 geschätzt wird, eingefunden, die dem kühnen Flieger einen begeistertsten Empfang bereitet. Nach der Landung spielten sich an Bahnsinn grenzende Szenen ab. Polizei und Militär waren nicht mehr in der Lage, die Menschenmenge zurückzuführen. Der Apparat wurde gelüftet und schwer beschädigt, da viele sich Andenken an das Flugzeug und den Flug verschafften. Als erster begrüßte der amerikanische Botschafter den Flieger, der zur allgemeinen Ueberraschung in einem Straßenanzug dem Flugzeug entstieg. Er erklärte, keineswegs müde zu sein und nahm die Begrüßungen der offiziellen Persönlichkeiten und seiner Freunde ruhig und ohne sichtliche Erregung entgegen. Nach einer kurzen Empfangsfeier in einer der feierlich geschmückten Flugzeughallen geleiteten seine Freunde ihn sofort in ein Hotel, dessen Name geheim gehalten wurde. Die Verkehrsbeziehungen und Reisefreuden hatten einen Sonderverkehr eingerichtet, um die ungeheure Menschenmenge zu befördern. Dank einer ihm günstigen Wetterlage hat das Flugzeug im Durchschnitt eine Geschwindigkeit von 130 Stunden-Meter zurückgelegt und anheimend nicht die geringste Störung während der Fahrt erlitten. Am Sonnabend nachmittag um 2,45 Uhr erreichte der Flieger die Westküste von Irland, das er im raschen Fluge überflog. Um 5,50 Uhr verließ er die irische Küste bei Cork. Seine Geschwindigkeit wurde, da er starken Westwind im Rücken hatte, auf 200 Kilometer geschätzt. Noch vor 8 Uhr abends wurde er über Plymouth geschätzt und um

8,30 Uhr erreichte er das europäische Festland bei Cherbourg. Von hier aus nahm er seinen direkten Weg nach Paris. Der Flieger Lindbergh erzählte nach seiner Ankunft über den Ozeanflug u. a.: Eine große Strecke mußte er auf dem Ozean im Regen zurücklegen. Er habe während der Fahrt oft die Höhe gemessen. Zeitweise sei er nur 10 Fuß über dem Meere geflogen, mitunter 10 000 Fuß über dem Meere. Von den mitgeführten Nahrungsmitteln habe er während der ganzen Fahrt keinen Gebrauch gemacht, sondern nur Wasser getrunken. Alle offiziellen Gebäude in Paris haben geklagelt. Auf dem Außenministerium wurde sogar das Sternbanner gehißt. Der Pariser Stadtrat will Lindbergh in feierlicher Sitzung empfangen. Auch ein offizieller Empfang in der Kammer ist geplant. Außerdem soll ihm das Kreuz der Ehrenlegion verliehen werden. Der erste Besuch, den Lindbergh nach einem langen Schlaf am Sonntag Mittag abstattete, galt der Mutter Klungeßers. Tausende von Menschen erwarteten den Flieger vor dem Haus. Frau Klungeßer empfing ihn persönlich an der Türe und nahm die Trostworte Lindberghs entgegen. Er hat Klungeßer selbst gekannt und, wie er versicherte, wiederholt Gelegenheit gehabt, seinen großen Mut zu bewundern. Mit Tränen in der Stimme gab die Mutter der Hoffnung Ausdruck, daß man ihren Sohn doch noch auffinden werde. Vor der amerikanischen Botschaft fanden sich am Sonntag Mittag ungeheure Menschenmengen ein, denen sich Lindbergh unter ungeheurem Jubel an der Seite des Botschafters zeigte.

Die Kommission für den staatlichen Schillerpreis.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat der Preussische Kultusminister Dr. Becker die Kommission für den staatlichen Schillerpreis berufen. Sie besteht aus dem Schriftsteller Ludwig Fulda, dem Dichter Gerhard Hauptmann, dem Schauspielregisseur Friedrich Kayser, dem Schriftsteller Heinrich Lilienthal, dem Dichter Walter von Molo, dem Literaturgeschichtsforscher Julius Petersen und dem Dichter und Akademievorsitzenden Wilhelm von Scholz.

Eine nachträgliche Beethoven-Feier

fand in Beethovens Geburtsstadt Bonn statt, ohne die pünktlich zum 100. Todestage des großen Tonmeisters stattgefunden Wiener Feier an Bedeutung erreichen zu können. In Bonn sprach Reichsfinanzminister Dr. Marx über Beethoven als Sohn des deutschen Rheinlandes, Kultusminister Prof. Dr. Becker über Beethovens Bedeutung für die Geistesgeschichte. Unter den ausländischen Gästen war wiederum der französische Unterrichtsminister Herzog erschienen.

Die Ursache des Kasseler Straßenbahnunglücks.

Unter Teilnahme der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden und einer großen Menschenmenge fand am Sonnabend vormittag die Beisehung der Opfer des Kasseler Straßenbahnunglücks statt. Vorher hatte der Oberbürgermeister die achtjährige Hausangehörige Maria Tappe empfangen, um ihr für die Rettung der beiden ihr anvertrauten Kinder den Dank auszusprechen und ihr im Namen der Stadt ein Geldgeschenk zu überreichen. Aus allgemeinen Spenden konnten dem Mädchen außerdem noch 500 Mark ausgehändigt werden. Die wirkliche Ursache des Unglücks ist einwandfrei noch immer nicht festgestellt. Der Ausschuss der Kasseler Straßenbahn hat nach Durchsicht der technischen Untersuchung jedoch zugestimmt, daß die beiden Straßenbahnwagen keine Schuld trifft. Ausschuldend hat sich die Bremse infolge der starken Belastung von selbst gelockert.

Berlins Flugverkehr.

In der vergangenen Woche kamen auf dem Berliner Zentralflygplatz Tempelhof Feld 213 Flugzeuge an und 205 fuhren ab. Befördert wurden insgesamt 1050 Personen, 7000 Kilogramm Gepäck, 7000 Kilogramm Fracht, 1000 Kilogramm Post und 6000 Kilogramm Zeitungen.

260 000 Mark für einen Reginald.

Ein außerordentlich hoher Preis ist worden auf einer Londoner Auktion für Reginald's Portrait des Thomas Henry Rumbold erzielt worden, das aus dem Jahre 1788 stammt, und für das 260 000 Mark gezahlt wurden. Rumbold lebte nach der Auffassung der Auktion hatte nicht nur dieses berühmte Gemälde schon früher gefunden, sondern auch ein Bild von Rumbold war für den außerordentlich hohen Preis von 250 000 Mark verkauft worden.

Sammlen-Anzeigen

Sant und ruhig verchied am 20. Mai
meine unvergessliche liebe Frau, unsere horren-
gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter,
Schwägerin, Schwester und Tante

Frau Maria Eule
geb. Kröhn

im 57. Lebensjahre.

Breslau, Görlitz, den 23. Mai 1927

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Dienstag, den 24. Mai, nach-
mittags 1/2 5 Uhr, von der Kapelle II der
Oswitzer Kommunal-Friedhöfe. 416

Am 20. Mai verstarb nach langem Leiden
unser Mitglied, der Sattler

Gustav Knoll
im Alter von 53 Jahren.

Sein Andenken werden in Ehren halten

**Die Mitglieder der Zuschusskasse
der Sattler und Portefeuillier.**

Beerdigung: Dienstag, den 24. Mai, nachmittags
2 Uhr, vom
Wenzel-Hancke-Krankenhaus aus. 5470

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 20. Mai verstarb unser Freund und Ver-
bandskollege, der Tischler 5439

Alois Eidam
im Alter von 52 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 24. Mai, nachmittags
6 Uhr, von der Leichenhalle II des Erläßer-Fried-
hofes in Oswitz. 5470

Zeugen gesucht!

Am Sonntag, den 15. Mai, wurde der Portier
des Gasthauses Benig in Oswitz bei einer
Schlägerei gefoltert. Zeugen des Vorfalls werden
gebittet, sich zu melden. Es gilt, einen Schuldigen
aus der Untersuchungshaft zu befreien. 7977

Rechtsanwalt Dr. Strauß
Gartenstraße 34, Gartenhaus.

Oberbett, 2 Rippen
mit rotem Salet 161
für 24,00 Bzl. in neuesten
Breslauer Str. 5, 10. Unte

Sofort Geld
auf Pfänder: 7981
Geißhaus Rother
Brandenburger Straße 24.

Treibmayer
Kopfleischererei
Markthalle, Gartenstraße
Ab heute täglich geöffnet.

Genossen!
Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht!

Ohne jeden Zwischenhandel
kaufen Sie Ihre
Herrenbekleidung
fertig und nach Maß
direkt in der Fabrik
:: und Maßgeschäft ::

Ohne Anzahlung
auf bequeme Teilzahlung

Robert Känel, Herrenkleiderfabrik
nur ~~an~~ **Albrechtstr. 20** 1. Etg.
an der Hauptpost. 7983

**Säumlinge, Schwarten
und Bündelbrennholz**
hat laufend in kleineren und größeren Mengen abzugeben
Dampffägewerk, Beel. Niedergasse.

Die kleine Süva-Kassette
enthaltend:
I Balzac, Das Exlixir des langen Lebens
II Aristoteles: Phyllis
III Zwei Rokoko-Novellen

nur 40 Pfennig

Volkswacht-Buchhandlungen
modernes Antiquariat
Neue Graupenstraße 5 u. Neue Taschenstraße 11

Seltene Ge-
legen-
heit!

**Auch bei 40 Grad Hitze
blutfrische Seefische**

Nordsee

in der
Bohrner Straße 2 + Schweidnitzer Straße 5a
Schmiedebrücke 19 + Anderssenstraße 2
Liegnitz, Breslauer Straße 27

Wir wollen den Beweis erbringen, daß jetzt die Seefische
besonders fett und blutfrisch sind, daher Montag, Dienstag

Kabeljau ohne Kopf... Pfd. nur **19** Pf.
Seelachs ohne Kopf... Pfd. nur **19** Pf.
Schellfisch ohne Kopf... Pfd. nur **24** Pf.
weiße Koteletts ohne Haut und
Gräten Pfd. nur **48** Pf.
Rotzungen groß... Pfd. nur **75** Pf.
Ostseeschollen... Pfd. nur **35** Pf.
Ferner: Die ersten neuen diesjährigen
Matjes... Stück **12, 20** und **25** Pf.
dazu neue Kartoffeln

Jetzt brauchen Sie

Waschstoffe!

Durch billige Großeinkäufe
bringen wir von Montag an
50000 Meter

mod. Waschkleiderstoffe

in

Musselin / Blandruck
Zephir / Trachtenstoffe
Krepp / Foulardine
Waschseiden etc.

Hauptpreislagen: 7978

55 75 95 Pf.

Hauptpreislagen:

125 145 195 Pf.

Bresson
Waldschmidt

Stadtheater
Montag 6 1/2 Uhr:
19. Mann-Rolle
Serie B

Palestrina
Dienstag 8 Uhr:
"Die verkaufte Braut"
Mittwoch 8 Uhr:
20. Mann-Rolle
Serie B
"Belfagor"

Die „Frauenwelt“ am Frau-
zum Lesen, Denken und Schmecken

Frauenwelt

Ein Halbmontatsschrift
für die Frau
des schaffenden Volkes.

Preis 30 Pf.

Zu bestellen
bei allen Zeitungsverlegern.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 7974
Tel. Stephan 3630A.
Montag, 8 Uhr:

„Die
feuchte
Susanne“

Dienstag u. Donnerstag 8 Uhr:
„Adieu Mimmi!“

Mittwoch, 8 Uhr
Der große
Operettenerfolg!

„Jugend
im
Mai“

Donnerstag, nachm. 8 1/2 Uhr:
Die Virtuospinzeffin

Freitag, 8 Uhr:
„Das
Dreimäderhaus“

Sonabend 8 Uhr:
Zum 1. Male!

Zu der
„Volkswacht“ haben
Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen besten
Erfolg

„Die
feuchte
Susanne“

Dienstag u. Donnerstag 8 Uhr:
„Adieu Mimmi!“

Mittwoch, 8 Uhr
Der große
Operettenerfolg!

„Jugend
im
Mai“

Donnerstag, nachm. 8 1/2 Uhr:
Die Virtuospinzeffin

Freitag, 8 Uhr:
„Das
Dreimäderhaus“

Sonabend 8 Uhr:
Zum 1. Male!

Die Virtuospinzeffin
Freitag, 8 Uhr:

„Das
Dreimäderhaus“

Sonabend 8 Uhr:
Zum 1. Male!

Die Virtuospinzeffin
Freitag, 8 Uhr:

„Das
Dreimäderhaus“

Sonabend 8 Uhr:
Zum 1. Male!

Die Virtuospinzeffin
Freitag, 8 Uhr:

„Das
Dreimäderhaus“

Sonabend 8 Uhr:
Zum 1. Male!

Wanderer!

Ausflügler!

Ludwig Lessen, Ein Wanderbuch, An deutschen Seen,
Flüssen und Buchten, illustriert, kartoniert... nur **30** Pf.
Friedrich A. Seyffert, Der Wanderer, kartoniert **50** Pf.
Kurt Grothwitz, Sonntage eines Großstädtlers in der
Natur, alte Ausgabe, Ganzleinen... nur **1,25**
Neue Ausgabe mit 12 Holzschnitten von Hans Goetsch,
Ganzleinen... **2,80**
Kurt Grothwitz, Unser Wald, ein Volksbuch, herausgegeben
von Wilhelm Bölsche, mit zahlreichen Photographien
in Ganzleinen... **6,75**
Umgebungskarten und Führer laufend vorrätig!

Volkswachtbuchhandlungen Dresden
Neue Graupenstraße 5
Neue Taschenstraße 11

Druckerei Volkswacht
Moderne, zweimächtige und laubere
Ausführung aller Druckarten
preiswert und bei kürzester Lieferzeit

Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Arbeitsmarkt!
20 tüchtige 417
**Maschinen- und
Hand-Näherinnen**
auf gute Hosen bei höchsten
Löhnen für Werkstatt gesucht.
Koch,
Wörther Straße 12, I.

**Routinierten
Geiger**
mit Notenmaterial, sowie
Klavierspieler
für
Gerichtstretscham
Klein-Gandau.

Mich heuchelt Jeder
und mit Recht, denn hier handelt es sich um Jedermanns Wohl-
ergehen. Woher die vielen Plattfüße, Schweißfüße, Lauffüße?
Woher die Frostballen, Hornschwären, Hühneraugen? Woher das
Brennen, Wundlaufen und ähnliche Qualen der Füße? Der
mangelnde Fußpflege! Kautschuk-Eis!
Hühneraugen-Entferner gibt nicht mehr für Sie, wenn Sie
das biellmillionenfach bewährte Kautschuk-Füßerzeugen-Pflaster
benutzen, denn in wenigen Tagen sind Sie samt Wurzel aus-
gerottet und zwar unblutig, schmerzlos und gefahrlos. Eine
Packung kostet nur 75 Pf.

Fußschmerzen, Brennen
und Wundlaufen überlassen Sie Anderen. Sie benutzen regelmäßig
das erfrischende und kühlende Kautschuk-Fußpflaster. Eine Packung
für 5 Böden kostet 1 Mark, eine Probepackung für 2 Böden 50 Pf.
Die dünnen Kautschuk-Einlegesohlen für den Sommergebrauch
verhüten bei heißer oder feuchter Witterung das Anspringen der
Strümpfe an die Sohlen und können sie während des Som-
mers fröhlich außerordentlich, weil sie den Schwelß aufsaugen.
6 Paar kosten nur 30 Pf.

Die Kautschuk-Einlegesohlen sind in fast jeder Apotheke und Drogerie
erhältlich. Wenn nicht, erfolgt portofreie Zusendung durch die
Kautschuk-Fabrik Kurt Krieger, Groß-Geiß bei Neudorf.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. Mai.

Eröffnung in Steinseifen.

Nachdem erst vor acht Tagen das „Sonnenland“ auf der Vorderbühne eröffnet worden ist, wurde am Sonnabend das Kinderheim Steinseifen im Riesengebirge, das die Stadt Breslau mit einem Kostenaufwande von 240 000 Mark eingerichtet hat, seinem Zwecke übergeben.

Sabrat Professor Göhlich gab einen Ueberblick über die Kinderfürsorge der Stadt Breslau. Die Junahme der Tuberkulose führte zunächst zur Gründung der Erholungsstätte im Waldhagen von Carlowitz, und später zu der größeren Erholungsstätte im Oswiker Walde, man ging dann dazu über, auch den Winter der Erholung dienlich zu machen.

Es schloß sich ein Rundgang an, der das Heim als geradezu ideal erkennen ließ. Alles ist beieinander, Wald, Wiese und Wasser. Die Säle und Zimmer sind praktisch und freundlich eingerichtet und die Fäden feiern in ihnen wahre Orgien.

Die Versorgung des Heims mit Lebensmitteln erfolgt von Breslau aus und macht keine besondere Schwierigkeit. Da Vorräte gehalten werden, lassen sich größere Sendungen auf einmal bewerkstelligen.

Das zweite Blatt des Generalanzeiger-Konzerns in Breslau, die nach außen immer noch demokratische „Breslauer Zeitung“, fühlt sich gekern gedrängt, unsere Kennzeichnung ihrer reaktionären Entwicklung durch neue Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu bestärken.

Freizeit einer Spielwiese. Die im Vorjahre neu angelegte schöne Spielwiese zwischen Gustav-Freitagstraße und An den Leichädern ist, nachdem sich die Grasnarbe gut und kräftig entwickelt hat und Bäume Aufstellung gefunden haben, seitens der städtischen Gartenbauverwaltung zur Benutzung freigegeben worden.

Die im Vorjahre neu angelegte schöne Spielwiese zwischen Gustav-Freitagstraße und An den Leichädern ist, nachdem sich die Grasnarbe gut und kräftig entwickelt hat und Bäume Aufstellung gefunden haben, seitens der städtischen Gartenbauverwaltung zur Benutzung freigegeben worden.

Der neue Kollektprojek.

Am heutigen Tage begann vor dem Schwurgericht, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Raempp, der abermalige Prozeß gegen den 39 Jahre alten Verführungsvertreter August Kollet aus Hindenburg OS., dem die Anklage Raubmord an dem Fischhändler Josef Rosmann und dessen Tochter Elsbriede zur Last legt, ferner schwere Brandstiftung.

Die Anklage vertritt, wie in der ersten Verhandlung, Erster Staatsanwalt Müller. Die Zusammenfassung der Geschworenen hat sich inzwischen etwas verändert. Es werden als Geschworene sitzen: Frau Sanitätsrat Walliczek, verw. Landesoberinspektor Frau Radke, Fabrikdirektor Busch-Carlowitz, Klempnermeister Scharfenberg, Eisenbahningenieur Jacher, Maurermeister Hellmich und als Ergänzungsgeschworener Musikdirektor Schwarz.

Parteigenossinnen!

Vergeßt heute abend nicht eure

Frauen-Versammlungen

zu besuchen. Bringt bekannte Frauen mit!

Vom Zoo.

In der letzten Zeit sind dem Zoologischen Garten wieder zahlreiche Geschenke zugegangen. Der Herzog zu Trachenberg schenkte zwei Wildschweine, Dr. Schottlaender in Hartlieb eine 21 Fuß lange Güterkralle. Das Material am alten Marderhaufe, das einen Spender für die Neuanlage des Hauses ludte, hat auch bereits Erfolg gehabt.

Die Kommunale Vereinigung für Wohnungswesen

häft in der Zeit vom 1. bis 3. Juni ihre 9. Tagung in Breslau ab. Der erste Tag sieht eine Sitzung des Verwaltungsausschusses, eine Führung durch die Stadt und einen Begrüßungsabend im Saale der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur vor. Donnerstag, den 2. Juni, findet um 8 1/2 Uhr morgens die erste Hauptversammlung und um 3 1/2 Uhr nachmittags die zweite Hauptversammlung statt. Die dritte Hauptversammlung ist auf Freitag, den 3. Juni, vormittags 8 1/2 Uhr, angesetzt, für den 4., 5. und 6. Juni sind Fahrten nach dem Zoblen und nach dem Riesengebirge in Aussicht genommen.

Pflegefrauen bedürfen zum Halten von Pflegekindern der Erlaubnis des Jugendamtes.

Wie die Erfahrung lehrt, gibt es aber immer noch zahlreiche Frauen, die sich nicht im Besitz einer solchen Erlaubnis befinden, häufig aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen. Der Magistrat weist deshalb nochmals darauf hin, daß Pflegefrauen, die nicht die Erlaubnis des Jugendamtes besitzen, sich einer Strafe nach § 30 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder Gefängnis bis zu drei Monaten) aussetzen. Erst kürzlich erkannte das hiesige Amtsgericht in einem derartigen Falle auf eine erhebliche Geld- und Gefängnisstrafe. Zu den Pflegekindern gehören alle Kinder

unter 14 Jahren, auch solche Kinder, die sich nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig, in Pflege befinden. Unethische Kinder, die bei Verwandten untergebracht sind, bedürfen demnach gleichfalls der Erlaubnis. Nur für solche ethische Kinder, die bei Großeltern, Geschwister, einem Onkel oder einer Tante Unterkunft gefunden haben, bedarf es keiner Erlaubnis.

Breslauer Herbstmesse.

Die diesjährige Breslauer Herbstmesse findet in den Tagen vom 4. bis 6. September statt und wird folgende Warengruppen umfassen: Webwaren und Bekleidung, Kunstgewerbe und Kunsthandwerk, Schuhwaren, Schuhmacher-Bedarfsartikel, Schuhleder und Schuhmaschinen, Lederwaren und Reifeartikel, Bürsten, Bindel und Beien, Spielwaren, Möbel und Zubehör, Nahrungs- und Genusmittel, heimische Erzeugnisse, Seifen, Parfümerien und Toilettenartikel, Elektrotechnik und Beleuchtung, Radioapparate und Zubehör, Haus- und Küchengeräte, Glas, Porzellan und Steingutwaren.

Den den geplanten Sonderveranstaltungen sei in erster Linie die Hygiene-Messe genannt, deren Kernstück eine Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums „Der durchschnittliche Mensch“ sein wird. Diese Ausstellung wird die Dauer der Herbstmesse überschreiten. Sie bleibt vom 1. bis 30. September im Ausstellungsgelände aufrecht erhalten.

Die Jahreshalle wird voraussichtlich eine Gastwirts- und Hotelmesse beherbergen, die sich von dem sonst üblichen System erheblich unterscheiden soll. Nicht das einzelne Erzeugnis soll ausgestellt werden, sondern Musterbetriebe mit allen Einrichtungen sollen in der Art gezeigt werden, in der bereits in der elektrotechnischen Abteilung der Technischen Messe ein von den Fachleuten begründeter Anfang gemacht worden ist.

Ich bin wieder da!

Das kurz nach dem Kriege eingegangene, traditionelle Partei-Wählblatt „Der wahre Jakob“ kündigt in einer Sonderbeilage, die der heutigen Nummer unseres Blattes beiliegt, sein Wiederaufleben an. Ohne Zweifel wird das Wiedererscheinen dieses alterproben Kampfblasses, das anstelle von „Laden links“ treten wird, von Hunderttausenden auf das allerfreudigste begrüßt werden. Wie früher, soll er alle 14 Tage erscheinen und mit seiner heikenden Satire ein treuer Mitkämpfer für Volksrechte sein.

Breslauer Johannistfest 1927.

Wer in den letzten schönen Maien Tagen einen Spaziergang nach dem Scheiniger Park unternahm, wird wahrgenommen haben, daß nach dem Abbau des Maschinenmarktes auf dem Messegelände nimmere bereits wieder fleißige Hände am Werke sind, um das große Gelände für eine neue Veranstaltung herzurichten. Bereits seit Anfang voriger Woche ist eine Schar von Handwerkern und Arbeitern dort beschäftigt, um die notwendigen Aufbauten für das Breslauer Johannistfest vom 19. Juni bis 3. Juli 1927, vorzubereiten und fertigzustellen.

Die Unterschlagung.

Grenzenlos ist die Leichtfertigkeit, mit der viele Arbeitgeber bei gerichtlichen Streitigkeiten mit Arbeitnehmern nach Beendigung des Arbeitsvertrages den Vorwurf der Unterschlagung, der Untreue oder des Diebstahls erheben. Auch dem Ruischer M. wurde Unterschlagung vorgeworfen, als er seine fristlose Entlassung vor dem Gewerbegericht bestritt und für entgangene Erwerbslofenunterstützung wie für geleistete Überstunden 80,00 Mk. geltend machte. Wie immer bei Unorganisierten, denen der Beistand des kundigen Gewerkschaftsvertreters fehlt, verteidigte M. seine Ansprüche mit so unklaren, für den juristischen Tatbestand unzureichenden Ausführungen, daß vieles überhaupt nicht klargestellt wurde.

Eine Mark zweiundachtzig Pfennige

und ein Zeugnis klagte die Näherin An. beim Gewerbegericht ein. Der Arbeitgeber, ein Zwischenmeister, bestritt diese Forderung gar nicht, hielt aber trotzdem lange Reden und meinte, Zeugnisse seien bei Näherinnen nicht üblich. Auch das Bestehen des § 113 der Gewerbeordnung überzeugte ihn nicht. Schließlich aber, er hatte ja eigentlich nichts dagegen, schloß er zur Erparnis der Kosten, die ein Urteil ergibt, einen Vergleich — auf 1,82 Mark und Ausstellung eines Zeugnisses, dessen Inhalt gleich vor Gericht festgelegt wurde.

Unangenehme Hotelgäste.

Am Sonnabend stand der Handlungsgeschäft Peter Nowaczek vor dem Großen Schöffengericht, um sich wegen vollendeten Diebstahls in drei Fällen und versuchten Diebstahls in zwei Fällen zu verantworten. Die Diebstähle, die ihm zur Last gelegt wurden, hat er in Breslauer Hotels begangen. In diesen Hotels nahm er selbst mit der unerschrockenen Regina Keller Wohnung, indem er diese für seine Frau ausgab. Beide kamen aus Warigau und allem Anscheine nach sind sie nur deshalb nach Deutschland gekommen, um hier Hoteldiebstähle zu begehen. Nowaczek scheint bei den Diebstählen recht geschickt vorgegangen zu sein, denn das Geschäft war offenbar ein recht lukratives, denn immer wohnte er nur in den ersten Hotels, was doch für ihn und seine Begleiterin recht viel Geld gefoktet haben wird. Obwohl die Diebstähle, die dem N. jetzt zur Last gelegt wurden, bereits am 15. und 16. November v. J. begangen worden waren, wurde er mit seiner Begleiterin erst am 8. Februar v. J. in Leipzig, und zwar ebenfalls in einem der größten Hotels verhaftet. Bei dem ihm jetzt zur Last gelegten Diebstählen waren ihm zwei Briefkästen mit 80 bzw. 200 Mark in die Hände gefallen, außerdem Schmuckachen. N. hatte immer den Augenblick abgepaßt, wo der betreffende Hotelgast auf kurze Zeit das Zimmer verlassen hatte. Auch war er in das Zimmer eingedrungen, während der Gast noch schlief. Das Gericht erkannte gegen N. auf 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis und gegen die Keller, die wegen Hehlererei mit angeklagt war, weil sie hatte die gestohlenen Wertachen verkauft oder veräußert, zu 9 Monaten Gefängnis. Die Unteruchungshat wird beiden angedroht werden. Zu der Verhandlung war ein Dolmetscher hinzugezogen worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Berufsausbildung.

Schon Jahrzehnte hindurch gehen die Klagen über Mängel im Lehrlingswesen, die sowohl die berufliche Ausbildung als die Ausnutzung infolge geringer Entlohnung und die übermäßig hohe Lehrlingshaltung betreffen. Jetzt endlich ist der Regierungsentwurf eines Berufsausbildungsgesetzes und die amtliche Begründung erschienen. Ausschlaggebend für das Schicksal dieses Gesetzes ist die Stellungnahme der Gewerkschaften. Von Interesse ist deshalb die folgende Verteilung des Gesetzesentwurfes durch den ADGB.

Die Landwirtschaft wurde durch Kabinettsbeschluss dem Geltungsbereich des Gesetzes entzogen. Eine sachliche Notwendigkeit dafür ist jedoch nicht nachgewiesen worden. Den Vorschriften des Gesetzes soll die Beschäftigung aller Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren (Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte) unterliegen. Nach den allgemeinen Bestimmungen dürfen Arbeitgeber, die nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte oder sonst hinsichtlich ungeeignet sind, keine Jugendlichen beschäftigen. Die Zahl der Jugendlichen in einem Beruf kann durch die Reichsregierung beschränkt werden, für einzelne Berufe kann die untere Verwaltungsbehörde ähnliche Anordnungen treffen. Ebenso können Anordnungen über das Mindestmaß der zu übermittelnden Kenntnisse und Fähigkeiten getroffen werden. Unter den allgemeinen Vorschriften vermischt man eine Bestimmung, die verhindert, daß durch Besuch der Pflichtberufsausbildung Lohnausfälle entstehen. Die im Reichstag vom Reichsarbeitsminister angekündigte Urlaubsregelung durch das Berufsausbildungsgesetz ist nicht erfolgt. Deshalb wird von den Gewerkschaften gefordert, daß bereits im Arbeitsschutzgesetz der Anspruch der Jugendlichen auf Urlaub festgelegt wird.

Der überwiegende Teil des Gesetzes ist dem Lehrlingswesen gewidmet. Die Bestimmung: „Die Lehrzeit darf vier Jahre nicht übersteigen, bedeutet eine Verschlechterung; denn die Gewerbeordnung sagt im § 130 a, daß die Lehrzeit in der Regel drei Jahre dauern soll. Die ausdrückliche Betonung des Grundgesetzes, daß als Lehrling nur eingestellt werden soll, wer für den Beruf körperlich und geistig geeignet ist und die notwendige Schulbildung hat, ist insofern bedenklich, als in der Praxis daraus leicht eine Alleinheraushebung des Schulzeugnisses werden kann. Das durch die Gewerbeordnung dem Lehrherrn gegebene Recht der „päterlichen Zucht“ ist erfreulicherweise verschwunden.

Die Durchführung des Gesetzes ist den gesetzlichen Berufsvertretungen, also den Handwerks-, Industrie- und Handelskammern übertragen, die ihre Aufgaben auf der Grundlage und im Rahmen der Befugnisse paritätischer Ausschüsse ausüben. Die Geschäftsführung liegt bei den Kammern, diese sind aber reine Arbeitgeber-Organisationen. Die Gewerkschaften verlangen deshalb, daß die Ausschüsse selbst über ihre Geschäftsführung entscheiden können. Daß unter den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer, die die Ausschüsse mitgliedern vorzuschlagen haben, nur die anerkannten Gewerkschaften zu verstehen sind, wird wohl für den Gesetzgeber eine Selbstverständlichkeit sein.

Bei Beschlüssen über die Festsetzung von Kostgeld und Ferienfestsetzung muß sowohl bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitnehmern eine Mehrheit vorhanden sein, wenn sie Gültigkeit haben sollen. Es ist im Gesetz nicht gesagt, ob vorhandene tarifliche Vereinbarungen über Lehrlingsfragen von den Berufsvertretungen zu respektieren sind. Nach dem vorliegenden Wortlaut können sie aufgehoben oder auch eingeschränkt werden. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, daß eindeutig der Vorrang der tariflichen Regelung ausgesprochen wird. Alles in allem kann man den Entwurf als einen Versuch, in das Gebiet der Beschäftigung und beruflichen Ausbildung jugendlicher Einheitlichkeit und System zu bringen, begrüßen. Verschiedene Einzelbestimmungen drängen erhebliche Verbesserungen; das gibt der Entwurf an verschiedenen Stellen auch Anlaß zu ersten Bedenken. Für die endgültige Stellungnahme der Arbeiterkassen zum Gesetz wird entscheidend sein, ob auch der Anschein vermieden wird, daß Erzeugnisse der Arbeitnehmer auf arbeitsrechtlichem Gebiet beseitigt werden sollen.

Ein Protest gegen die Besoldungspolitik des DGB aus seinen eigenen Reihen.

Die zum DGB gehörige Gewerkschaft Deutscher Verwaltungssekretäre und Angewandter hat in ihrer Vorstandssitzung vom 12. April 1927 folgende Entschließung gefaßt und der Bundesleitung des DGB. zugehen lassen:

Entschließung:

Trotz der ungeheuren Not, die in den Kreisen der Beamten in den unteren und niederen mittleren Gruppen herrscht, hat der Reichstag eine Erhöhung der Gehälter als Zwischenlösung abgelehnt. Niemand wird bestreiten können, daß es bei gutem Willen durchaus möglich gewesen wäre, Mittel für eine Aufbesserung der Beamtenbesoldung bereitzustellen. Die Notwendigkeit einer fühlbaren Besoldungserhöhung braucht an dieser Stelle nicht mehr erörtert werden; hierüber ist genug gesprochen und geschrieben worden.

Die Erklärung: „Die Regierungsparteien erwarten, daß auf die Bereitstellung der für die Erhöhung der Beamtenbesoldung erforderlichen Mittel noch im Laufe des Etatsjahres 1927 Bedacht genommen wird“, die namens der Regierungsparteien vom Reichstag abgegeben worden ist, bedeutet nichts anderes, als daß die nun schon seit drei Jahren wiederholt angekündigte, aber immer wieder verschobene Besoldungsreform, von der die Beamtenkassen vor allem eine wesentliche Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage erwarten, bis zum Winter, unter Umständen bis zum Ende des Etatsjahres 1927, was bekanntlich bis zum 31. März 1928 reicht, zurückgestellt wird. Bisher waren „Erwartungen“ nur „Enttäuschungen“.

Wenn wir weiter berücksichtigen, daß die Beratungen über eine Besoldungs-Neuregelung mit den Ländern und Beamten-Organisationen, sowie in den Ausschüssen und im Plenum des Reichstags geraume Zeit erforderlich werden — ganz abgesehen davon, daß die parlamentarischen Arbeiten von Mitte Juni bis Anfang November ruhen —, so erscheinen uns die Hoffnungen auf eine baldige Besoldungsverbesserung nicht sehr rosig. Wir fragen daher:

Glaubt etwa die Leitung des DGB, man könne mit den ewigen Versprechungen der Beamten der unteren und niederen mittleren Besoldungsgruppen dauernd „einwillen“ und zufriedenstellen? Wer dies glauben sollte, wird eines Besseren belehrt werden. Wie lange noch will auch die Leitung des DGB, die Beamtenkassen mit Betrügereien beruhigen? Wie lange noch will die Bundesleitung der Verelendung der Beamtenkassen zusehen? Des grauenhaften Spiels dürfte wohl endlich genug sein. Wir haben genügend Versprechungen gehört; wir haben lange genug gelitten und Entbehrungen auf uns genommen.

Da die von der Reichsregierung, als auch vom Reichstag erneut beschlossene Verschleppung der Besoldungsverbesserung unabsehbares Leid über die jetzt drei Jahren verzögerte Beamtenkassen bringen muß, wird es höchste Zeit, daß die Bundesleitung endlich einmal andere Methoden der Interessensvertretung anwendet und außerdem mehr Verständnis und Energie als bisher aufbringt.

Die bisher von der Bundesleitung beliebte Methode der Interessensvertretung bringt uns nicht vorwärts; dies muß einmal offen ausgesprochen werden.

Oberstehende Entschließung ist nicht die einzige, die beim Bundesrat des DGB. einging. Man spricht offen, daß viele angeschlossene Verbände überhaupt keine Beiträge mehr leisten. Das Argument, die deutsche Wirtschaft trage eine Belastung nicht mehr, dürfte auf Grund des Stahlhietages in Berlin nicht mehr stehen. Denn, wie die „Schlesische Zeitung“ vom 9. und 16. Mai meldet, sollen 120-150 000 Stahlhietarbeiter in Berlin gewesen sein.

vom Schließlichen Landesverband allein über 4000 Mann. Zwar waren es nur 50 000, aber immerhin, betrachtet man dabei, daß ein großer Teil, mindestens 90 Prozent der Teilnehmer, nicht einmal das nackte Leben ritten, geschweige derartige Mittel für solche Spielereien aufbringen können, so muß man schon sagen, die deutsche Industrie und Groß-Landwirtschaft hat diese Untoßen spielend tragen können und noch für Einkleidung gesorgt. Wo so mit Mitteln herumgeworfen wird, hat die Beamtenschaft keine Ursache, im Interesse dieser Steuerbrücker den Hungerriemen enger zu schnallen. Die Beamtenschaft hat ein Recht auf gerechte Besoldung. Alle Geduld hat ein Ende. Wird der Deutsche Beamtenbund mit seinen angeblich 1 100 000 Mitgliedern sich diesen Tatsachen verschließen können?

Vor einer Riesen-Ausperrung im Berliner A.E.G.-Konzern.

Im Berliner A.E.G.-Konzern hat sich infolge der ausgesprochenen Hartmacherei der Direktion die Situation nunmehr so zuspitzt, daß mit einer Riesen-Ausperrung gerechnet werden muß. Die Werkzeugmacher der A.E.G., Kolontekfakt, Drontheimer Straße, Kreuztam und Friedenau haben die Arbeit eingestellt, da der Arbeiterkassen die wochenlange Verhandlung verschleppung durch die Arbeitgeber allmählich zu bumm wurde. Die Direktion des A.E.G.-Konzerns hat Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband abgelehnt, und deshalb traten die Belegschaften durch die Betriebsräte mit der Forderung einer fünfzehnprozentigen Lohnserhöhung an die Direktion heran. Diese Forderung ist mehr als bescheiden, wenn man sich gegenwärtig, daß im Laufe der letzten zwei Jahre an den Löhnen und Akkordpreisen erhebliche Abfälle, bis zu 10 und 15 Prozent, vorgenommen wurden. Augenblicklich beträgt der Lohn eines Werkzeugmachers durchschnittlich 0,90 bis 1,10 Mark, in der Spitze 1,15 Mark. Was die Arbeiter also fordern, ist nichts anderes als ein Ausgleich für die Abfälle und noch lange keine Abgeltung der Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Produktion ist infolge der Rationalisierung beträchtlich in die Höhe gegangen. Trotzdem magt es die Direktion, den Arbeitern der Klasse Ia, das heißt den Werkzeugmachern und Werkzeugdrehern, eine Zulage von sage und schreibe drei Pfennigen die Stunde anzubieten, die übrigen Arbeitergruppen, wie die Maschinenschlosser usw., sollen gar nichts bekommen.

Die Haltung des A.E.G.-Konzerns, in dem es einmal — zu Walter Rathenau Zeiten — so etwas wie eine soziale Tradition gab, zeigt überaus drastisch die Wandlung, die in den letzten Jahren im deutschen Unternehmertum eingetreten ist. Der Hartmacher führt heute das große Wort. Da die Werkzeugmacher nicht daran denken, am kommenden Montag, das heißt zu dem von der Direktion gestellten Termin, zu Kreuze zu kriechen und die Arbeit wieder aufzunehmen, ist die Stilllegung der A.E.G. und die Ausperrung von mehr als 50 000 Arbeitern für die kommende Woche so gut wie sicher. Im Lohnkampf des A.E.G.-Konzerns wird es hart auf hart gehen. Man darf sich auf eine Ausperrung von etwa 100 000 Arbeitern gefaßt machen.

Provinzialtagung der Gewerkschaft Deutscher Volksschüler (DVB.) Niederschlesiens.

Am Sonntag, den 15. Mai, tagte in Görlitz im Gewerkschaftshaus die Vertreterversammlung der freigewerkschaftlichen Lehrer Niederschlesiens, zu der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes, des ADGB, und Genosse Rektor Simon als Abgeordneter der Preußenfraktion der SPD. und

Wirtschaft.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit in Russland.

Auf der vierten Tagung der U. d. S. S. R. hat der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrats, K u i b y s h e w, sehr beachtenswerte Ausführungen über die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland gemacht. Wir entnehmen der „Torgomo-Promyshlennaja Gazeta“ vom 29. April 1927, Nr. 95, hierüber folgendes:

„Genossen! Die Arbeitslosigkeit bildet ein sehr schwieriges und kompliziertes Problem, das nicht nur durch industrielle-organisatorische Maßnahmen, wie die Planwirtschaft, gelöst werden kann. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen in der Ueberbevölkerung des platten Landes. Unser Mißgeschick besteht darin, daß bei uns zuviel Menschen geboren werden, daß wir einen Ueberfluß an Menschen in der U. d. S. S. R. haben. Es ist unser Unglück, daß auf uns noch das Erbe der Zarenpolitik lastet, die darauf ausging, die Millionenmassen auf einem ungläubig niedrigen Stand der wirtschaftlichen Kultur zu halten und den Uebergang zu intensiveren landwirtschaftlichen Betriebsformen zu hemmen. Unsere Armut, die Dreifelderwirtschaft und der hölzerne Pflug — das ist es, was einen Ueberfluß an Arbeitskräften auf dem platten Lande erzeugt und den Zwiespalt zwischen Stadt und Land hervorruft. Daher ist die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die bei uns bereits einen chronischen Charakter angenommen hat, nur möglich durch staatliche Maßnahmen, die darauf abzielen, die Landwirtschaft intensiver zu gestalten, die Ueberbevölkerung in dünnbesiedelte Gebiete zu organisieren, landwirtschaftliche Maschinen einzubürgern, der Landwirtschaft Raumvorräte zuzuführen usw.“

Indem wir uns diese auf lange Sicht berechneten Maßnahmen stets vor Augen halten, dürfen wir es nicht unterlassen, alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit zu mildern, was in erster Linie durch eine Regulierung des Arbeitsmarktes, dem mittels der Arbeitsbörsen erfolgen kann. Ferner kommen Notstandsarbeiten und anderes in Frage. Außerdem müssen wir auch größere Aufmerksamkeit der Entwicklung der Kleinindustrie und der Hausindustrie widmen, die beide in der Fortzukunft mehr als vier Millionen Menschen beschäftigen und eine Bewegung im Wert von ungefähr zwei Milliarden Rubel aufweisen. Nach den Schätzungen des statistischen Zentralamtes waren im Jahre 1926 in der Kleinindustrie und Hausindustrie annähernd drei Millionen Personen beschäftigt und der Wert der Produktion betrug ungefähr zwei Milliarden Rubel (also nur etwas mehr als die Hälfte der Fortzukunftszugang D. Red.). In einzelnen Zweigen der Industrie ist die Bedeutung der Hausindustrie ganz besonders groß, so zum Beispiel verfertigt die Heimarbeit in der Leder- und Schuhindustrie ungefähr 20 Prozent des Outputs.“

Der Hinweis auf den überaus niedrigen Stand der landwirtschaftlichen Kultur trifft fraglos eine der Hauptursachen der wirtschaftlichen Not Sowjetrußlands. Das Zentralproblem der russischen Wirtschaft besteht in der Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung, wodurch der Jagungsraum des platten Landes für die Bevölkerungszunahme erweitert werden würde und ein Ueberfluß an Exportware erzielt werden könnte.

Die Entwicklung der Sparkassen.

Die Sparanlagen bei den preussischen Sparkassen werden für Ende des Jahres 1926 mit 1865,9 Millionen Mark gegenüber 1856,1 Millionen Mark Ende 1925 ausgewiesen. Die Zunahme beträgt 9,8 Prozent des Einlagebestandes von Ende 1925.

Die Verwendung der Einlagegelder beweist am besten die Unhaltbarkeit der Sparweise, die immer wieder von dem privaten Bankkapital gegen die Tätigkeit der Sparkassen ergraben werden. Angelegt waren von 1918 bis zum 31. März 1926 138,9 Millionen Mark, in Geld haben bei anderen Sparanstalten 547,7 Millionen Mark, in Wertpapieren 407 Millionen Mark, in langfristigen Krediten

Vertreter der Reichsleitung der DGB. erschienen waren. Der öffentlichen Eröffnungsversammlung sprach der Vorsitzende des DGB. Schlegel, Genosse Lehrer Simon von Breslau, über die politischen Tagesfragen. Er wies an, treiben die Beispiele aus der Lage- und Besoldungspolitik die Verbindung zwischen Wirtschaft und Regierung nach, zeigte, die „Nationalisierung“ zum Beispiel in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen und schon trifft, und machte dann interessante Ausführungen über die Psychologie und Soziologie der Beamten und Lehrer. Die Konsequenz aus diesen Erkenntnissen ist geradezu zur freigewerkschaftlichen Einheitsfront im DGB über den der Referent nähere Ausführungen machte, die reichlich Beifall fanden. Anschließend sprach Genosse Simon über die parlamentarischen Vorgänge bei den Besoldungsverhandlungen und bekräftigte aus seinen Erfahrungen im Parlament die Notwendigkeit der freigewerkschaftlichen Einheitsfront. Genosse Kessel vom ADGB. erklärte in einer herzlichen Begrüßung die Mitwirkung der Arbeiterkassen, die mit großem Interesse die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung verfolgte, und wies auf die hohe Bedeutung und Aufgabe der jungen DGB. Eine rege Aussprache auf Einzelheiten der Referate ein. Die folgende interne Vertikertagung beschäftigte sich u. a. mit der Verabschiedung des Reichsverbandes, über den Genosse Kessel Bericht erstattete. Der Geschäftsbericht ergab ein Anwachsen des DGB. namentlich im Waldenburger Gebiet aus den Reihen der sozialdemokratischen Lehrer, wenngleich bedauerlicherweise festgestellt werden mußte, daß viele sozialdemokratische Lehrer sich nicht den Weg zur freigewerkschaftlichen Berufsorganisation gefunden haben. Genosse Simon hofft, daß auch diese noch die Konsequenzen ziehen werden. Zur Junglehre wurde ausführlich in mehreren Anträgen und Entschließungen Stellung genommen, u. a. die Junglehrerfeindliche Haltung der Regierungsparteien im Reich (Ablehnung der Reichshilfe) mit Hinweis. Von den Entschließungen sei folgende erwähnt: „Die Vertikertagung erhebt schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung vorgenommene Streichung der bereits im Entwurfe 2 1/2 Millionen Reichsmark zur Unterstützung der größten Verelendung lebenden Junglehrer, zumal es die Reichsfinanzen gestatten, zu gleicher Zeit die Werksteuerüberwälzung an süddeutsche Länder um 40 Millionen zu erhöhen, und erwartet von den Reichstagsparteien und von der Reichsregierung dringende Maßnahmen für die an den Folgen des verlorenen Krieges schwer leidende Junglehrerschaft.“ Nach Entscheidung einer Reihe weiterer geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Vorstandswahl vorgenommen, die Wiederwahl des Gesamtverbandes ergab.

Eine Offensive gegen die Allgemeinen Dreistrankassen ist seit einiger Zeit in der kapitalistischen Presse eröffnet worden. Dabei werden den sozialdemokratischen Vorständen und Angehörigen die haarsträubendsten Dinge unterstellt. Der Zweck der Heise ist, für die Beilegung der Selbstverwaltung der Strankassen und zugleich für die den Unternehmern angenehmen Betriebsstrankassen Stimmung zu machen. Was die Arbeiter von Betriebsstrankassen zu erwarten haben, lehrt wieder folgender Fall: Bei der Revision einer Betriebsstrankasse in Ratingen wurde vom Versicherungssamt ein Fehlbetrag von 13 000 Mark festgestellt. Die Summe war von der Firma als Betriebszweck verwendet worden. Das Versicherungssamt forderte, daß das Geld wieder der Betriebsstrankasse zugeführt werde, aber die Firma geriet in Konkurs. Die Verhältnisse, die die Beiträge aufgebracht haben, sind die Gebrücker, denn sie können nun an die bankrotte Firma und ihre Betriebsstrankasse keine Ansprüche mehr stellen.

1088,86 Millionen Mark, in langfristigen Hypothekendarlehen 518,87 Millionen Mark und in Darlehen an öffentliche Körperschaften 229,5 Millionen Mark. Der Bestand an Wertpapieren betrug Ende 1925 nur 55,3 Millionen Mark. Von den 407 Millionen Mark Ende 1926 ausgewiesenen Wertpapieren entfielen rund 118 Millionen Mark auf Reichs- und Staatspapiere und 288,8 Millionen auf sonstige minderwertige Papiere. Die Hypothekendarlehen steigerten sich in der gleichen Zeit von 198,9 Millionen Mark auf 518,8 Millionen Mark; davon sind rund 400 Millionen Mark auf städtische Grundstücke und 117,80 Millionen Mark auf ländliche Grundstücke verliehen. Der Hypothekendarlehen machte Ende 1926 rund 26,5 Prozent der gesamten Sparanlagen aus. Dagegen ist im kurzfristigen Kreditgeschäft keine wesentliche Steigerung eingetreten.

Wenn man also den Sparkassen vorwirft, daß sie entsprechend den volkswirtschaftlichen Interessen das langfristige Kreditgeschäft nicht pflegen, so trifft das nicht zu, wie die Zahlen beweisen.

Die Spitzenorganisation des Großhandels.

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung wurde die Verschmelzung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels mit dem Reichsverband des deutschen Ein- und Ausführhandels vollzogen. Die neue Spitzenorganisation wird in Zukunft den Namen „Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels“ führen.

Soziales.

Die Zahl der Sozialrentner und der sonstigen Hilfsbedürftigen.

Bisher konnte man sich mangels einer umfassenden Statistik kein zuverlässiges Bild davon machen, wie hoch sich die Zahl der Sozialrentner und der von der Fürsorge unterstützten anderen Hilfsbedürftigen stellt. Erst Anfang April d. Js. wurden Fragebogen ausgegeben, um auf Grund der Antworten eine Reichsstatistik aufstellen zu können. Vorläufig frehen nur Schätzungen zur Verfügung. Ueber die Zahl der Sozialrentner ist eine preussische Statistik für das Jahr 1925 vorhanden. Wenn man die Ergebnisse dieser Statistik auf das Reich überträgt, so ergibt sich für die Sozialrentner die Zahl von 1 058 200 Personen. Davon sind:

Alters- und Invalidrentner und Rentnempfänger aus der Angestelltenversicherung	486 200
Witwenrenten	79 500
Waisenrenten	108 900
Kleinrentner und Angehörige	383 600

Die Zahl der sonstigen Hilfsbedürftigen, welche von den Bezirksfürsorgeverbänden usw. versorgt werden, ist, wenn man für die Schätzung die Ergebnisse einer Statistik des Statistisches für Städte mit über 25 000 Einwohnern verwendet, ebenso hoch wie die der Sozial- und Kleinrentner. Das heißt, es werden von der Fürsorge insgesamt mehr als zwei Millionen Personen erfasst. Die Zahl der von der Reichsregierung unterstützten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen beträgt fast 2 1/2 Millionen Personen. Rechnet man noch die gegenwärtig etwa 1 1/2 Millionen betragenden arbeitslosen Hauptunterstützungsempfänger und Rentenunterstützten hinzu, so ergibt sich daraus die Zahl von 5 1/2 Millionen Personen, die heute auf eine staatliche Fürsorge angewiesen sind.

Wasserstand

Reiher	23	Reiher (Wasser-Dege)	2,76
Kocher (Stadt) am 21. 5.	1,50	Reiher (Stadt)	1,90
Kocher (Stadt) am 21. 5.	0,57	Reiher (Stadt)	1,90
Kocher (Stadt) am 21. 5.	1,70	Reiher (Stadt)	1,90
Kocher (Stadt) am 21. 5.	1,70	Reiher (Stadt)	1,90
Kocher (Stadt) am 21. 5.	1,14	Reiher (Stadt)	1,40
		Reiher (Stadt)	+ 15,2

Arbeiter-Sportbewegung

Breslau, den 28. Mai 1927.

Reichsjugendpflegerkursus und Reichskonferenz der Landesartell-Leiter.

Die Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege veranstaltete am Freitag und Sonnabend in Bernigerode ein Reichsjugendpflegerkursus, verbunden mit einer Reichskonferenz der Landesartell-Leiter. Aus allen Teilen des Reiches waren die Vertreter des Arbeiterports zahlreich erschienen. Als erster Redner sprach Genosse Schred über „Der Idealismus in der Arbeiterportbewegung als Mittel der Jugendpflege“. Die Behauptung, daß der Idealismus vor der Jugendbewegung sei, wies er für die allgemeine Arbeiterportbewegung und erst für die Arbeiterportbewegung zurück. Die Kulturreisener der Arbeiterport dreie sich immer weiter. Die Größe der Hoffnungen zutage am besten das Werk der Jugendbewegung in Weimar, Radfahrerbund, Solidarität, die Naturfreunde und die Arbeiter-Samariter kreben ebenso wie die Mitglieder der dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossenen Verbände der gemeinsamen Idee nach, für die Arbeiter die Welt zu erobern.

Über Arbeiterport, Jugendbewegung und Jugendpflege sprach anschließend Genosse Dreese-Bremen. Der Erziehungsplan der bürgerlichen Weltanschauung gelte es, eine bewußt pädagogische Erziehung gegenüberzustellen. Die körperliche Tätigkeitsbewegung müsse sich ergänzen in der geistigen Betätigung der Jugend in den Gewerkschaften und der sozialistischen Jugendbewegung. Die Jugend müsse frei und gesund an Körper, aber auch an Geist erzogen werden.

Über die staatliche Organisation der Jugendpflege im Reich und in den Ländern sprach dann Genosse Wilsdorf. Er erklärte, daß die Landesartell der Arbeiterportbewegung es sich angelegen sein lassen müßten, von den vorhandenen Mitteln ihr Bestes zu erhalten. Die Verhältnisse in Bayern und auch in Württemberg bezeichnet der Redner als ideal.

Am Rahmen des Jugendpflegerkursus sprach schließlich noch Genosse Dr. Käthe Frankenthal-Berlin über „Sport und Gymnastik als Mittel zur Pflege der weiblichen Jugend“. Ausgehend von einem historischen Überblick wies die Rednerin darauf hin, daß es der Nachkriegszeit vorbestehen gewesen sei, die weibliche Jugend in den verschiedenen Gebieten des Reiches zu bringen. Als den Hershlag eines gesunden Turnens für die Frau bezeichnete die Rednerin — Kerstin — die rhytmischen Übungen. Es gelte jedoch nicht, Hergruppen zu erziehen, sondern ein gesundes, weibliches Geschlecht, das fähig ist, den wirtschaftlichen Kampf an der Seite des Mannes auszuhalten. Bei dem Maß der Anforderungen dürfe man an den weiblichen Körper nicht zu große Zumutungen stellen. Genosse Kellert schloß die Tagung mit einer Mahnung an die Delegierten, sich die Ausführungen der Redner und vor allem der Rednerin als Richtschnur für das fernere Handeln zu nehmen.

Die Reichskonferenz der Landesartell-Leiter wurde eingeleitet mit einem Referat des Genossen Wilsdorf über den gegenwärtigen Stand der Arbeiterportbewegung. Zum ersten Male lag ein gedruckter Bericht der Zentralkommission vor, den er mündlich ergänzte. Das zweite Referat, das Genosse Wilsdorf am Sonnabend hielt, galt den Richtlinien für die Reorganisation der Kartelle. Er stellte folgende Grundsätze auf:

Die Arbeiterportartelle setzen sich zusammen aus den Vereinen und Ortsgruppen der Verbände, die der Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege e. V. angeschlossen sind. Diese wählen auf Grund der Mitgliedsstärke eine Delegiertenversammlung, die aus ihrer Mitte den Kartellvorstand wählt. Im Kartellvorstand dürfen nur Verbände der Zentralkommission vertreten sein. Die sonstigen Arbeiterportvereine am Orte, die mit unserer Bewegung sympathisieren, können auf Kartellbeschlüssen zu den Arbeiten des Kartells mit herangezogen werden und je einen Vertreter in die Delegiertenversammlung entsenden. Wo mehrere Vereine des gleichen Tätigkeitsgebietes — wie Gesangsvereine, Reglervereine u. dgl. — am Orte sind, haben sich diese über die Wahl des Delegierten zu verständigen. In jeder politischen Gemeinde soll grundsätzlich nur ein Kartell bestehen. In Großstädten können sich diese in Unterkartelle gliedern. Es ist aber grundsätzlich daran festzuhalten, daß die Delegiertenversammlung des Kartells nach den oben angegebenen Grundätzen aufzumachen ist, daß also die Vereine das Kartell bilden. Das gleiche muß den Unterkartellen der Fall sein. In Reichs- und Landeskonferenzen der A. K. können nur Vertreter der Verbände delegiert werden, die der A. K. angehören.

Die hierzu gestellten Anträge wurden der Zentralkommission zur weiteren Erledigung überwiesen. Daraufhin wurde die Konferenz, der für die SPD, Genosse Künzler-Berlin und für die Arbeiterjugend Genosse Albrecht beizumohnen, von dem Genossen Kellert mit einem Frei-Teil auf die Weiterentwicklung des Arbeiterports geschlossen.

Jugendherbergswert und Arbeiterport.

Nun geht das Wandern wieder an. In allen deutschen Dörfern und Städten ist der Wunsch nach Jugendherbergen und Arbeiterportstätten zu machen, desto mehr mußte man auch daran denken, gute Unterbringungsmöglichkeiten für die wandernde Jugend zu schaffen. Vorerst waren es vor allem im Hochsommer die größeren freien Wanderverbände, die Stützpunkte für die wandernde Menschheit überhaupt zu schaffen beabsichtigten. So der Deutsch-österreichische Alpenverein und von Arbeiterseite der Touristenverein. Die Naturfreunde haben auch noch viele andere kleinere Gebirgsvereine. Diese Verbände mußten vorerst natürlich auch das Jugendherbergswert fördern. Eine zweite Bewegung aber ging zu gleicher Zeit von Lehrkreisen aus, die es sich in besonderem Maße zur Aufgabe gemacht hatten, in allen Wandergebieten gut ausgestattete Jugendherbergen zu schaffen. So orientierte sich auch gerade von dieser Seite aus die Gründung des Verbandes für Deutsche Jugendherbergen vor. Der unerhörte Aufschwung des Wanderns nach dem Kriege verlangte aber von allen für die Jugend verantwortlichen Stellen erhöhte Mitarbeit auch auf dem Gebiete des Jugendwanderns und der Schaffung von Jugendherbergen. Gerade in der Jugendwohlfahrt hat die Umwertung der Werte in der Nachkriegszeit wohl die nachhaltigsten und fruchtbringendsten Folgen gezeigt, unbedeutend zum Besten der Jugend.

Diese Tatsache hinderte allerdings nicht, daß sich auch wieder reaktionäre Kräfte Luft zu machen suchten. Aber an der eifrigen Mitarbeit der Arbeiterorganisationen fehlte ihr Streben. Im Auf und Ab der politischen Vorgänge blieb natürlich die Art der Stiftung solcher Werke nicht immer unberührt, jedoch ließ sich der Grundzug zur Verwirklichung aller öffentlichen Institutionen auf Förderung des begonnenen Wertes nicht mehr verzichten. Je mehr man die Tätigkeit der privaten Einrichtungen einbezog, desto mehr wurde auf diesem Gebiete auch Gutes geleistet. Neben in Stadt- und Gemeindevertretungen, in Kreisrat- und Kreisrätschen und letzten Endes in den Ortsgruppen und Verwaltungsdiensten des Verbandes für Deutsche Jugendherbergen selbst waren die Vertreter der Arbeiterport mit gutem Erfolge tätig. Diese Einrichtungen aber war unbedeutend. Besonders wichtig war, daß sich auch die proletarischen Jugend-

verbände und die Arbeitersportorganisationen mit ihren zahlreichen Jugendgruppen um diese Dinge kümmerten. Unter ihrer Mitwirkung konnte oft gerade in den Ortsgruppen und Zweigvereinen Vorzügliches auch für die ärmlichen Verhältnisse geleistet werden. Deshalb dürfte es in den Kreisen der Arbeiterportler, in denen man noch oft diesen Fragen mit viel zu viel Gleichgültigkeit gegenübersteht, notwendig sein, kräftig mit anzupacken, damit auch die Arbeiterportler in ihrem Drang zur Freiheit und zum Wandern nicht benachteiligt werden. Gerade für die jetzt einbreitende Herbstzeit schafft tatkräftige Mitarbeit die Gewähr, daß sowohl in der Bereitstellung der Jugendherbergen wie in der erzieherischen Einflußnahme der proletarischen Jugend in ihrer besonderen Stellungnahme zu allen gesellschaftlichen Dingen gewahrt bleibt.

Geschäftsbericht der Zentralkommission.

Unter dem Titel „Die Arbeiterportbewegung im Jahre 1926“ hat die Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege ihren Geschäftsbericht herausgegeben. In dem 24 Seiten starken Heft wird eingangs festgestellt, daß die Bewegung die Jahre der Wirtschaftskrise mit einem nicht unbedeutenden Verlust an Mitgliedern bezahten mußte. Im Berichtsjahr hat sich jedoch eine sehr bedeutende Besserung angebahnt. Die Mitgliederzunahme betrug im Durchschnitt 6 Prozent. Damit ist zwar der Stand von 1922 noch nicht wieder erreicht, aber der Zuwachs hat erst begonnen und dürfte sich im laufenden Jahre kräftig fortsetzen. Voraussetzung dafür ist freilich die Besserung der deutschen Wirtschaftslage.

Der von den Kommunisten in die Bewegung hineingetragene politische Streit ist abgeklungen. Es hat sich ganz allgemein die Ansicht durchgesetzt, daß die Bewegung parteipolitisch neutral bleiben muß, wenn sie die schweren Rückschlüsse bewahrt bleiben soll. Sie wird aber stets sozialistisch bleiben, denn der Sozialismus ist der Grund, auf dem sie steht. Die Stellung zu den bürgerlichen Verbänden ergibt sich aus dieser Einstellung von selbst.

Die Vertätigkeit ist mit der Errichtung der Reipolgar Schule sehr umfangreich geworden. Zum ersten Male hat auch die Zentralkommission in diesem Jahre eigene Lehrgänge abgehalten. Die ersten Kurse vor kurzem in Bernigerode sehr erfolgreich beendet wurde. Weitere Kurse von achtstündiger Dauer finden im Juli für die Provinz Schleswig-Holstein statt. Geplant sind gleiche Kurse für das besetzte Gebiet.

Das Verhältnis zu den staatlichen Behörden wird allgemein als gut bezeichnet, mit Ausnahme von Bayern, dessen Regierung sich wenig freundlich, wenn nicht gar feindselig, verhält.

Gleiche mit dem Geschäftsbericht ist ein kleines Handbuch der Zentralkommission zur Ausgabe gelangt, das ein sehr reichhaltiges Material über die Gesamtbewegung enthält. Hier ist zum ersten Male über die Gesamtbewegung in übersichtlicher Form berichtet worden, so daß auch der Uninteressierte ein klares Bild erhält. Die Kenntnis dieses Materials ist auch für Kartellfunktionäre und Redner von Wichtigkeit. Aus beiden Veröffentlichungen ist zu ersehen, zu welchem wichtigen Gliede der Arbeiterportbewegung der Arbeiterport sich in den letzten Jahren entwickelt hat.

Der geistige Faktor beim Sport.

Der Sport wird allgemein als ein Anwendungsgebiet und eine Funktion körperlicher Geschicklichkeit betrachtet und das Schlagwort von der Erleichterung der Jugend durch den Sport ist bekannt und abgegriffen genug.

Dieleer landläufigen Auffassung tritt Ludwig Kornel in einem Aufsatz im „Altenreund“-München entgegen, indem er die geistigen Voraussetzungen der Vollbringung einer sportlichen

Leistung untersucht. Jede sportliche Leistung, so fest er das, geht zurück auf einen Vorkellungsinstinkt, der durch einen zweiten zeitigen Vorgang, durch den Willensakt, zur Tat befördert wird. Die körperliche Eignung stellt also erst im dritten Stadium, bei der Ausführung, eine entscheidende Rolle, wobei unter körperlicher Eignung ein Produkt aus Körper und Geist zu verstehen ist. Bei jeder körperlich gleich veranlagten Menschen kann die sportliche Leistung verschieden sein, weil die geistige Disposition eine verschiedene ist. Der Geist baut also den Körper, gelunder Geist schafft den gesunden Körper. Die Ursache der „Hollandungen“, des Versagens bei sportlichen Leistungen, ist ein rein geistiger Defekt, ein Defekt der Willensbildung, die Anlei. Jedes Training muß daher ein Training des Vorstellungsvermögens sein, dann erst ein Training der Muskeln und Sehnen. Es sind beim Sport zu unterscheiden die zwei Hauptgruppen: Körperport und Körperport. Wir schäken den Körperport höher ein, da die Leistungen des Körperports zumeist nur einen Gradmesser für die Verwendbarkeit dieser oder jener Maschine abgeben. Der Erfolg, namentlich in den Kriegen, ist in dieser Beziehung nicht mehr ein reiner Körperport, sondern ein Wettbewerb zwischen Körper und Körperport.

Sportliche Höchstleistungen, so sieht der Verfasser, sind nicht darum bedeutungsvoll, weil sie einem Geniationsbedürfnis des Tages dienen, sondern weil sie als Spitzenleistung des menschlichen Willens anzusehen sind. Wo Sport getrieben wird, fließt das geistige Quellwasser der Regeneration für die arbeitende Menschheit. Stete Erneuerung im Stoffwechsel der Kultur, das ist der Sinn und die Bedeutung des Sportes.

Wanderführerwoche

des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt.

Auf Grund der guten Erfahrungen, die mit der Veranstaltung des vorjährigen Wanderlehrganges auf der Freusburg a. d. Siez gemacht worden sind, hat wie der Minister für Volkswohlfahrt dem Preussischen Minister für Volkswohlfahrt in diesem Jahre eine entsprechende Beihilfe für die Wiederholung eines Wanderführerlehrganges gewährt. Die Teilnehmer werden in der Jugendherberge Altenhof am Werbellinsee bei Gerswalde zu dem genannten Zwecke versammelt, um dort durch theoretische Unterweisungen und Lehrwanderungen mit ihren Aufgaben vertraut gemacht. Der Lage der Jugendherberge entsprechend, werden in diesem Jahr vornehmlich Teilnehmer aus den östlichen Landesgebieten herangezogen werden während auf der Freusburg vornehmlich Westdeutsche beteiligt war. Mit den Vorbereitungen ist seitens des Verbandes der Bezirksjugendpfleger Professor Dr. Schomburg bei der Regierung in Unerburg betraut worden. Die Regierungspräsidenten Preussens und der Provinzialpräsident in Charlottenburg entsenden aus ihren Bezirken je drei geeignete Persönlichkeiten (Männer und Frauen) und einige Ersatzkräfte. Die Einladungen erfolgen nach dem 25. Mai unmittelbar durch Professor Schomburg.

Landesversammlung der Arbeiter-Sportartelle Sachsens.

82 Ortsartelle Sachsens hatten 102 Delegierte zur Landesversammlung entsandt, die am Sonntag in Dresden stattfand. Sämtliche Leiter der Landesverbände sowie Genosse Wilsdorf von der Zentralkommission für Sport und Körperpflege in Berlin waren gleichfalls anwesend. Landtagsabg. Genosse Kratz sprach einleitend in einer groß angelegten Rede über Sport und Arbeiterport. Genosse Pelschke erläuterte als Landesvorsitzender den umfangreichen Geschäftsbericht, der in erster Linie von einer Aufwärtsbewegung im sächsischen Arbeiterport zu melden weilt. Dem Landesartell sind gegenwärtig 285 000 Mitglieder über 14 Jahre und 60 000 Kinder angeschlossen. Die Ausdrücke war äußerst lebhaft, aber sachlich. Die bisherige Leistung wurde aufs neue bekräftigt.

Sport des Sonntags.

Fußball, 1. Bezirk, 14. Kreis, Gruppe Breslau.

Der Stand der Mannschaften in den einzelnen Gruppen ist folgender:

I. Mannschaft, Südgruppe.					
Vereine	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Tore Punkte
B. f. L.	8	7	1	—	37:14 14:2
Süd	8	5	1	2	29:13 12:4
Einigkeit	8	6	2	—	23:14 12:4
Sturm	8	3	3	2	28:27 8:8
Union	8	3	4	1	31:24 7:9
B. f. B.	8	3	4	1	18:33 7:9
B. f. R.	8	2	5	1	11:26 5:11
Silesia-Riders	8	1	6	1	16:31 3:13
Falke	8	0	6	2	10:25 2:14

I. Mannschaft, Ostgruppe.					
Vereine	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Tore Punkte
Hertha	7	6	0	1	23:5 13:1
Schlesien	7	6	1	—	29:8 12:2
Koberwitz	7	4	2	1	21:9 9:5
Öst	7	4	3	—	18:7 8:6
Münsterberg	7	2	4	1	7:21 5:9
Karlsruhe	7	2	4	1	4:17 5:9
B. f. R.	7	2	5	—	9:25 4:10
Fortwäh	7	—	7	—	4:22 0:14

II. Mannschaften, Ostgruppe und Nordgruppe.					
Vereine	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Tore Punkte
B. f. L. Dels	7	7	—	—	26:7 14:0
1921	7	5	2	—	29:13 10:4
Rapid	7	3	3	1	9:10 7:7
Fußballfeld	6	2	3	1	17:9 5:7
Lebnitz	7	2	3	2	13:23 6:8
Münsterberg	6	2	3	1	5:8 5:7
Hertha	7	2	4	1	11:20 5:9
Cojel	7	—	7	—	1:23 0:14

Fußballresultate.		
Wader I — B. f. R. I	3:1	
Wader II — Süd II	1:1	
B. f. B. I — Einigkeit I	3:1	
B. f. B. II — Einigkeit II	3:2	
1921 II — Fußballfeld II	6:2	
1921 III — Stern III	1:3	
1921 Schüler — Stern Schüler	5:1	

Reichstädtliche Mannschaftskämpfe der Athleten. Der 1. Kreis, Schlesien, des Arbeiter-Athleten-Bundes brachte am Sonntag im Stadion zu Waldenburg keine leichtathletischen Mannschaftskämpfe für 1927 zum Auszug. Durch das herrschende Unwetter, welches besonders am Vormittag in Erscheinung trat, wurden die Leistungen der angetretenen Vereine aus Tannhausen, Altwasser und Breslau stark beeinträchtigt. Ausgetragen hatte jede Mannschaft (6 Teilnehmer) einen Viertkampf, eine Sprung-, zwei Wurf- und eine Laufübung, welche nach Punkten gewertet wurden. In der Schülerklasse kritiken „Einigkeit“-Altwasser und Sportvereinig. 97/02 Breslau um den Erfolg. Durch die gleichzeitige Durchführung der Breslauer konnte die Sportvereinig. 97/02 Breslau mit 182 1/2 Punkten vor „Einigkeit“-Altwasser mit 174 1/2 Punkten die Kreismeisterschaft in der Schülerklasse davontragen. Bestleistungen waren folgende: 75 Meter: Hoffmann, Altwasser und Balder, 97/02, je 11 1/2 Sek. Weisprung: Kurfürst, 97/02, 2,50 Meter. Kugelstoßen 2 1/2 Kilogramm: Fühel, Al-

wasser, 8,70 Meter. Ballweitwurf: Fühel, Altwasser, mit 49,20 Meter. In der Jugendklasse errang Tannhausen mit 147 1/2 Punkten kampflös den Jugendtitel. In der Senioren-A-Klasse trafen wieder die Vertreter von Altwasser und Breslau aufeinander. 97/02 ging im Kugelstoßen und Diskus in Front, büßte aber im Weisprung, durch die nicht gewohnte Sprungbahn, ein, vergrößerte aber im 100-Meterlauf ihren Vorsprung, um schließlich mit 1050 Punkten vor Altwasser mit 782 Punkten die leichtathletische Mannschaftsmeisterschaft des 1. Kreises vom Arbeiter-Athleten-Bund für 1927 zu erkämpfen. Bestleistungen waren folgende: 100 Meter: Zimmer, Keißel und Urban, sämtlich 97/02 je 12,4 Sekunden. Kugelstoßen: Zimmer 9,70 Meter. Diskuswerfen: Zug, 97/02 mit 26,20 Meter. Weisprung: Zimmer, 4,88 Meter. In der Jugendklasse erzielte ein Tannhäuser den schönen Sprung von 5,43 Meter. Höchste Punktzahlen erreichten im Viertkampf der Senioren Zimmer mit 244 1/2 Punkten, Keißel 203 1/2, Urban 178 1/2, Zug 176 1/2, Klose, Waldenburg und Döslar, Waldenburg, je 162 Punkte. Die Bezirkskämpfe der Waldenburger wurden des starken Regens abgebrochen und litt die Veranstaltung unter mangelndem Besuch der Bevölkerung, die lieber von außen das Stadion umfand.

B. f. B. I — Einigkeit I 3:1. Die Ostschiner hatten Einigkeit zu Gäste und konnten das Spiel erfolgreich gestalten. Beide Mannschaften hatten reichlich Erfolg einfließen müssen. Vom Anstoß bis zum Schluß bekamen die Zuschauer ein faires Spiel zu sehen. Schon in den ersten Minuten kann B. f. B. durch Einzeldurchbruch in Führung gehen. Bemühungen der Hochberner auszugleichen bleiben ohne Erfolg, vielmehr ist es ihren Gegnern vergönnt, die Vorzahl auf 2 zu erhöhen. Bis zur Pause gelingt es den B. f. B. durch Rechtsaußen durch ein weiteres den Sieg sicher zu stellen. Nach Halbzeit drückt Einigkeit, den Wind im Rücken, doch einige Geden sind der Erfolg. Erst kurz vor Schluß können sie den Ehrentreffer erzielen. Vorher spielten die II. Mannschaften auch hier behielt B. f. B. mit 3:2 die Oberhand.

Turnierspiel des 1. Bezirks.

Der am Sonntag, den 15. Mai, in Briesg abgehaltene Turnierspiel des 1. Bezirks, ohne die Gruppe Breslau, war von zehn männlichen und zehn weiblichen Teilnehmern besucht. Unter Leitung des Kreisturnierleiters, Bundesgenossen Gebel, widmete sich der für Vormittag angelegte Lehrgang unter größtem Interesse der Beteiligten ab. Der Schiedsrichterprüfung für Faustball am Nachmittag unterzogen sich drei Sportgenossen vom Verein für Bewegungsspiele und drei von der Freien Turnerschaft. Die anderen Vereine, welche ebenfalls noch keine geprüften Schiedsrichter besitzen, hielten dies schmerzhaft für notwendig. Ein Handballspiel der männlichen gegen die weiblichen Teilnehmer zeigte zum Abschluß, daß der Rufus keinen Zweck nicht verfehlt hatte. Hoffentlich wird das Gelächte von den Kurstisten bald in ihren Vereinen gut verbreitet und die Turnierspielbewegung in unserem Bezirk einen guten Schritt vorwärts gebracht. Den Vorvereinen wäre zu empfehlen, sich möglichst ebenfalls mehr für derartige Kurse zu interessieren. Für diesmal wäre noch zu bemängeln, daß noch einige Teilnehmer nicht werden dies hoffentlich bald nachholen.

Großveranstaltungen

müssen, wenn sie in der Monatsversammlung erscheinen wollen, p a r e n s bis Montag früh 6 Uhr einmündigen sein.

Amateur-Schwimmer hierher. Der Röhner...
Amateur-Schwimmer hierher. Der Röhner...
Amateur-Schwimmer hierher. Der Röhner...



Rüstet für Oels!
Das große Arbeiter-Turn- und Sportfest
des 1. Bezirks, im 14. Kreis
am 17. Juli 1927

Reges Leben im Arbeiterport.
Die Berichte der Kreisturnwart an den Bundes-Turn...
Reges Leben im Arbeiterport.
Die Berichte der Kreisturnwart an den Bundes-Turn...

damit Geschäfte verbindet. Kein Sport, auch nicht der Angler...
damit Geschäfte verbindet. Kein Sport, auch nicht der Angler...
damit Geschäfte verbindet. Kein Sport, auch nicht der Angler...

Ordnung zum Raft.
Die von der Freien Turnerschaft gemeldeten Ordner treffen...
Ordnung zum Raft.
Die von der Freien Turnerschaft gemeldeten Ordner treffen...

Berufsschule und Leibesübungen.
Die durch Krieg, Flut und Hungerjahre der Gesundheit...
Berufsschule und Leibesübungen.
Die durch Krieg, Flut und Hungerjahre der Gesundheit...

Fußball-Länderspiel Deutschland-Russland. Als größtes...
Die Kreisoblate der Spielmannszüge des Arbeiter-Turn-...
Bürgerliche Rekordleistungen. Auf einem Sportfest in...
Fußball-Länderspiel Deutschland-Russland. Als größtes...

Gesellschaftsspiele am 29. Mai.
Die Reihenfolge bedeutet Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter...
Fußballpartie, 1. Bezirk, 14. Kreis, Gruppe Breslau.
Fußballpartie, 1. Bezirk, 14. Kreis, Gruppe Breslau...

Praktische Werbearbeit!
Ein Breslauer Sportgenosse schreibt uns:
Die Praxis des Lebens ergibt stets das beste Vorbild. Dies...
Praktische Werbearbeit!
Ein Breslauer Sportgenosse schreibt uns:
Die Praxis des Lebens ergibt stets das beste Vorbild. Dies...

Breslauer Hallenschwimmbad
Schwimmbäder für Männer und Frauen
Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation
Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr

Schaffner (West)
Wölfel (Wader)
Krause (Sil.-Rid.)
Winkler (Fr. Sportfr.)
Gräblich (Wader)
Schönfelder (Sparta)
Wittuba (Sparta)
Rademacher (Sparta)
Schaffner (West)
Wölfel (Wader)
Krause (Sil.-Rid.)
Winkler (Fr. Sportfr.)
Gräblich (Wader)
Schönfelder (Sparta)
Wittuba (Sparta)
Rademacher (Sparta)

„Fair play“ des Publikums.
Wir lesen in der Berliner Zeitschrift „Das Tagebuch“ u. a.:
„In Berlin haben sich dieser Tage amerikanische Tennisspieler...
„Fair play“ des Publikums.
Wir lesen in der Berliner Zeitschrift „Das Tagebuch“ u. a.:
„In Berlin haben sich dieser Tage amerikanische Tennisspieler...

Arbeiter-Rettungsdienst im Freistaat Sachsen. Am Sonntag...
Rettungsschwimmerprüfung in Halle. Unter der umsichtigen...
Sportanlage der Freiburger Universität. Auf Grund von...
Arbeiter-Samariter-Informationsbüro. Das Büro in...
Arbeiter-Rettungsdienst im Freistaat Sachsen. Am Sonntag...

Prüfung für Rettungsschwimmer
am Freitag, den 27., und Sonntag, den 29. Mai, im Boleidon-Bad.
Freitag, 6 1/2 Uhr abends: Fünf Minuten Kleider...
Prüfung für Rettungsschwimmer
am Freitag, den 27., und Sonntag, den 29. Mai, im Boleidon-Bad.
Freitag, 6 1/2 Uhr abends: Fünf Minuten Kleider...

Angler und Fischer.
Von den Röhren des Arbeiter-Angler-Bundes...
Angler und Fischer.
Von den Röhren des Arbeiter-Angler-Bundes...

Notizen.
Was bringt der Breslauer „Raft“?
Der Breslauer Internationale „Raft“ der am 28. Juni...
Notizen.
Was bringt der Breslauer „Raft“?
Der Breslauer Internationale „Raft“ der am 28. Juni...

Freie Kindervereinsversammlung Breslau, e. B. Montag, den...
Freie Kindervereinsversammlung Breslau, e. B. Montag, den...
Freie Kindervereinsversammlung Breslau, e. B. Montag, den...

Arbeiter-Samariter-Informationsbüro. Das Büro in...
Arbeiter-Samariter-Informationsbüro. Das Büro in...
Arbeiter-Samariter-Informationsbüro. Das Büro in...

Der Quartierverein ist bereits in Tätigkeit, um die...
Der Quartierverein ist bereits in Tätigkeit, um die...
Der Quartierverein ist bereits in Tätigkeit, um die...

Arbeiter-Samariter-Informationsbüro. Das Büro in...
Arbeiter-Samariter-Informationsbüro. Das Büro in...
Arbeiter-Samariter-Informationsbüro. Das Büro in...